

Dokumentation

Runde Tische 2008 zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin



Veranstalter und Herausgeber:

Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin
www.freiwillig.info

Bericht & Redaktion:

Jo Rodejohann
Carola Schaaf-Derichs

Inhaltsverzeichnis

1. Runder Tisch 2008: 06.10.2008

*„Gefangen in der Mittelschichtfalle?
Bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Stadt“*

2. Runder Tisch 2008: 17.11.2008

*„Zivilcouragiert im Quartier!
Bürgerschaftliches Engagement für ziviles Verhalten
in öffentlichen und halböffentlichen Räumen“*

3. Runder Tisch 2008: 08.12.2008

*„Und was passiert „draußen im Lande“?
Bürgerschaftlichen Engagement in den Berliner Bezirken“*

Anlagen

Jo Rodejohann, KontorZ:

Präsentation zur Einführung: Gefangen in der Mittelschichtfalle? (1. Runder Tisch)

Helene Böhm, GESOBAU AG, Vorstandsmitglied im Netzwerk Märkisches Viertel, Reinickendorf, Mitglied im Aufsichtsrat der GeWoSüd eG, Schöneberg:

- *Erfahrungen im Netzwerk Märkisches Viertel (3. Runder Tisch)*
- *Erfahrungen in der Wohnungsgenossenschaft GeWoSüd e.G. (3. Runder Tisch)*

„Gefangen in der Mittelschichtfalle? Bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Stadt“

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Jasenka Villbrandt, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 6. Oktober 2008, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

„Dass Bürgerschaftliches Engagement bisher besonders stark aus der Mittelschicht getragen wird, gilt als weitgehend unbestritten. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen, insbesondere auch demografischen Herausforderungen stellt sich jedoch nachdrücklich die Frage, ob und wie dieser Sachverhalt zu einem (noch größeren) Problem für Freiwilliges Engagement in Berlin wird, wenn Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen "vor Ort" in den "Kiezen" und "Quartieren" gesucht werden (müssen) und Politik und Verwaltung "sozialräumliche" Strategien vorantreiben. Wir fragen nach Erfahrungen und möglichen Lösungen in der Sozialen Stadt.“

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

im Namen der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft zu den Runden Tischen 2008 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin, die mit anhaltender Unterstützung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der parlamentarischen Paten aus allen Fraktionen seit 2001 im Abgeordnetenhaus zu Berlin veranstaltet werden können. Besonders herzlich begrüßt sie als Patin dieses Runden Tisches, wieder einmal, Frau Jasenka Villbrandt, MdA Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sie beginnt mit einem kurzen Wort zum Selbstverständnis: Die Runden Tische haben seit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 immer wieder versucht, im Bürgerschaftlichen Engagement tätige Menschen aus Praxis und Politik zusammenzubringen. Alle diese Menschen sollen sich „auf Augenhöhe“ begegnen, ihre Erfahrungen und Überlegungen im offenen Dialog austauschen können. Im Haus der Berliner Abgeordneten und der Berliner Landespolitik soll Bürgerschaftliches Engagement gedacht, vorangebracht und nachgefragt werden, das ist die eine Seite des Dialogs am Runden Tisch. Aber ebenso sollen die alltäglichen Erlebnisse und Erfahrungen in den Einrichtungen und Initiativen vor Ort auf diesem Tisch landen können - eben die andere Seite. Der Treffpunkt versteht sich hier als Mittler, nicht nur zwischen Politik und dem gemeinnützigen Bereich; heute gehören auch engagementbereite Unternehmen dazu, und so hat das Projekt Strahlkraft über den Not-Profit-Sektor hinaus gewonnen.

Durch ein technisches Problem bei der Fixierung der elektronischen Aufzeichnung der Diskussion im Berliner Abgeordnetenhaus sah sich die Verwaltung des Hauses auch nach längeren Bemühungen leider nicht in der Lage, eine Datei der Mitschrift des Runden Tisches dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft zur Verfügung zu stellen.

Deswegen sind wir in diesem Fall leider nur in der Lage, die vorbereitete Präsentation im Anhang zu dokumentieren sowie eine kurze Zusammenfassung des Ergebnisses. Wir bedauern das sehr und haben Vorkehrung getroffen, uns zukünftig weniger abhängig von technischer Hilfe zu machen.

Die Beobachtung, dass Bürgerschaftliches Engagement besonders stark aus der Mittelschicht getragen wird, war in der Runde dem Grund nach unbestritten; ebenso aber auch, dass dies nicht moralisch negativ zu werten ist sondern auch eine Stärke ausdrückt. Was wäre die Situation des Bürgerschaftlichen Engagements, wurde gefragt, wenn es diese Aktivitäten aus der Mittelschicht nicht gäbe; von einer „Mittelschichtfalle“ könne man nicht sprechen. Allerdings war nicht zu überhören, dass die Fragestellung offensichtlich das Selbstverständnis Bürgerschaftlichen Engagements nicht unberührt lässt. Die Frage, ob aus dieser Mittelschichtorientierung auch ein Problem erwächst, ob Stärke sich in Schwäche verwandeln kann bei dem Bemühen, aktuelle gesellschaftliche Problemlagen „vor Ort“ in den "Kiezen" und "Quartieren" bürgerschaftlich engagiert anzugehen und mehr Menschen zu gewinnen, wurde kontrovers diskutiert. Es war aber klar, dass das Thema mit dem Verweis auf bisherige Stärke nicht erledigt ist.

„Zivilcouragiert im Quartier!

Bürgerschaftliches Engagement für ziviles Verhalten in öffentlichen und halböffentlichen Räumen “

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Mieke Senftleben, MdA, FDP-Fraktion

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 17. November 2008, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Alltägliche Gewalt gegen Sachen und Menschen in öffentlichen und halböffentlichen Räumen beherrscht immer wieder die Schlagzeilen der Berliner Medien. Rasch ertönt dann der Ruf nach (ordnungs-)polizeilichen Lösungen - aber sind sie wirklich die nachhaltig wirksame (politische) Antwort der Wahl auf die Probleme. Steht nicht stattdessen (auch und zuerst einmal) ein zivilgesellschaftlicher Dialog an, um die Ursachen zu verstehen und gemeinsam vor Ort schon im Vorfeld von Gewalt Lösungen zu suchen? Und ist das (nur) ein Problem der Schulen? Welche Rolle kann zivilcouragiertes bürgerschaftliches Handeln spielen? Wir fragen nach Ideen, Konzepten und Erfahrungen.

Frau Carola Schaaf-Derichs eröffnet

im Namen des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur den zweiten Runden Tisch 2008 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin und begrüßt herzlich Frau Mieke Senftleben, MdA FDP-Fraktion, als Patin dieses Runden Tisches und Herrn Ulrich Wiebusch von der fördernden Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Angesprochen werden soll heute abend eine Tugend, ein bürgerschaftlicher Wert, der zwar schon immer aber heutzutage mehr denn je in vielerlei Hinsicht sehr gebraucht wird: Es geht um Zivilcourage, schon vom Namen her nah an der Zivilgesellschaft, aber auch dort längst nicht selbstverständlich. Zivilcourage als gesellschaftlicher Wert wie als Befähigung des Einzelnen wird zwar oft spontan nachgefragt, kann aber aus verschiedenen Gründen offenbar gar nicht so einfach verwirklicht werden - so man denn überhaupt will.

Frau Schaaf-Derichs erinnert an den alten Jedermann-Grundsatz, der jede und jede zur Hilfeleistung im öffentlichen Raum verpflichtet. Doch so manch einer macht sich nicht klar, was das heißt: Dass ich als Bürgerin und Bürger tatsächlich eingreifen muß in diesem Land, wo Hilfe notwendig ist, wo Konflikte gewaltsam zu Lasten von Menschen ausgetragen werden, wo es Not tut. Für diese gebotene zivilcouragierte Handlungsmaxime gibt es im weiten Feld der Konfliktbearbeitung, der Konfliktmediation viele Beispiele und Erfahrungen, auch in Berlin, die wir durch Beiträge aus der Runde an diesem Abend noch kennenzulernen hoffen. Konfliktsituationen, so die Alltagserfahrung, können auf vielfältige Weise entstehen, ohne großen Anlaß, die Nerven liegen auch im öffentlichen Raum leicht blank, und man muß eine innere Haltung, eine Einstellung dazu entwickelt haben, sie mitbringen und gelernt haben, so die Vermutung, damit Konfliktsituation ebenso couragiert wie zivilisiert gelöst werden können.

Frau Mieke Senftleben freut sich sehr,

die bewährte Zusammenarbeit mit dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft im Rahmen der Runden Tische fortsetzen zu können, zumal dann, wenn ein liberales Grundanliegen auf der Tagesordnung steht: die Profilierung der Bürgergesellschaft, die auf die Bürgerin, auf den Bürger setzt. Sich selbstbewußt hinstellen und sagen bis hierhin und nicht weiter, oder zu entscheiden, ich greife jetzt ein, ich unterstütze den oder ich unterstütze die, das ist gerade für Liberale ein wesentliches Element der Gestaltung der Gesellschaft - und auch für sie persönlich, wenn auch nicht ohne Widersprüche: Beim Abholen ihrer Tochter sah sie einmal, wie eine schwarz gekleidete Gruppe junger Männer mit einem anderen Mann „über den Zaun werfen“ spielte, sie hielt an, aber ihre Tochter sagte gleich: Mama, bitte weiterfahren. Und sie merkte, wie die Angst kam. Die Angst der Tochter übertrug sich auf die Mutter, die sich dann sehr ärgerte, den direkten Konflikt gemieden zu haben. Aber offenbar geraten Menschen in solchen Situationen oft an eine Grenze, wo sie überlegen, gehst Du jetzt rein in den Konflikt oder nicht.

Aber vielleicht brauchen Menschen auch diese Erfahrung des eigenen Zurückweichens, der eigenen Grenzen und Möglichkeiten, um zu lernen, nicht zurückzuweichen und sich dem Anspruch zu stellen. Offensichtlich ist es notwendig, sich dem Thema erst einmal zu stellen, darüber nachzudenken, um überhaupt zivilcouragiert handlungsfähig in bestimmten Situationen sein zu können. Um diesen für die Gesellschaft wesentlichen Wert zu leben (und leben zu können), ist noch einige Anstrengung notwendig: Und deswegen ist es wunderbar, dass die Runden Tische das Thema „Erfahrungen mit Zivilcourage“ auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Frau Schaaf-Derichs erläutert,

dass diesmal bewußt auf eine umfassendere Einstiegspräsentation verzichtet

worden ist, um das Gespräch nicht im Sinne eines Wenn-Dann vorschnell „aufs Gleis zu setzen“. Denn die öffentlichen Orte und Situationen, in denen zivilcouragiertes Handeln angesagt ist, erwiesen sich als zu vielfältig, zu wenig auf ein Muster zuschreibbar, auf keine immer angesagte Handlungsweise hinauslaufend. Deswegen scheint diesmal vor allem Reflektion angesagt, geht es um das Aufnehmen von Erfahrungen, die es gibt, und die auch in diesem Raum präsent sind.

Herr Jo Rodejohann ergänzt

kurz zu diesen Erfahrungen aus der Vorbereitung, die nahelegten, diesen Runden Tisch sehr offen zu gestalten: Es zeigten sich rasch ganz unterschiedliche Sichtweisen auf das Problem, wie zivilcouragiertes Verhalten im öffentlichen Raum möglich ist, unter welchen Bedingungen. Die Aussagen der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion wiesen sich durch große Ambivalenz und Widersprüchlichkeit aus, vor allem, je konkreter die Frage wurde: Einerseits der Versuch, polizeilich, kriminalpolizeilich, ordnungspolizeilich zu reagieren, und gleichzeitig aber auch das Eingeständnis, dass das so einfach nicht funktioniert, dass da noch etwas anderes von Bedeutung ist. Dann wird das Problem rassch auf Schule, auf Kinder und Jugendliche verschoben, aber für die konkrete Situation bleiben all diese Zugänge eigenartig hilflos. Es gibt keine Regeln, keine Handlungsanweisungen nach dem Motto: Reagiere so, mach das, um eine Lösung zu finden. Es geht offensichtlich, das wird deutlich, um so etwas wie eine gesellschaftliche Haltung, aber die Lösungen werden in individuellen Verhaltensanforderungen gesucht, und die „Schwarzbrot“-Wissenschaft ist da auch nur begrenzt hilfreich. Wissenschaft setzt „irgendwann“ ebenso wie alle anderen stark auf Bürgerschaftliches Engagement, auf Zivilcourage, aber dekliniert nicht durch. Herr Rodejohann verweist noch auf eine aktuelle Anfrage aus dem Abgeordnetenhaus zur Hundekotfrage: Auch dort wird nach eingehender Erörterung, was man alles machen kann, „irgendwann“ auf Bür-

gerschaftliches Engagement gesetzt. Aber was heißt das eigentlich? Entsprechend sind die mit der Einladung versandten Materialien eher als thematische Anregungen gedacht. Kurzum, das war unsere Schwierigkeit bei der Vorbereitung, wir haben viel gelernt und hoffen jetzt auf eine offene Runde, noch immer lernend.

Frau Schaaf-Derichs beginnt

die Erfahrungsrunde und berichtet von einem seit fünf Jahren laufenden Mediationsprojekt der BVG, in dem SchülerInnen als Begleiter in Schülerbussen qualifiziert werden, ehrenamtlich angestoßen vom seinerzeitigen Leiter der BVG-Fahrschule. Es ging um eine Lösung für die gewaltträchtige Situation, dass in Schülerbussen „multartige“ Situationen schon immer programmiert sind. Die BVG suchte eine Lösung für in ihrem öffentlichem Raum jeden Morgen immer wieder neu entstehende konflikträchtige Situationen, und zwar unter Beteiligung der SchülerInnen selber.



Die Schülerinnen und Schüler melden sich freiwillig, lernen Grundlagen der Konfliktmediation, üben mit dem präventionserfahrenen Polizeioberrmeister Kauz den Grundsatz, in Bedrängnis nicht „Hilfe“ zu rufen sondern „Feuer“, erfahren, dass man in öffentlichen Konfliktsituationen auf Unterstützung rechnen kann, dass es auch die Angst gibt. Und sie haben praktische Übungen gemacht im tätigen Auseinandersetzen mit Konfliktsituationen wie im Sport, also da, wo man lernt, Energien produktiv, konstruktiv einzusetzen und nicht gegen den Angreifer zerstörerisch einzusetzen. Und sie beteiligten sich am Berliner Freiwilligentag, gewannen so Einblick in andere Welten Bürgerschaftlichen Engagements.

Das Projekt ist längst zum Modell geworden über Berlin hinaus, diese Verdichtung von konzeptioneller Grundlegung, praktischer Konfliktpräventionserfahrung und aktiver Auseinandersetzung mit Konfliktsituationen. Die Schülerinnen und Schüler haben in diesem freiwilligen Engagement etwas für sich gelernt, ihre Fähigkeit zu zivilcouragiertem Handeln entwickelt, haben sich gewappnet für Situationen, wie sie Frau Senftleben beschrieben hat.

Dies ist nur ein Beispiel, weitere gibt es in der Stadt in den verschiedenen öffentlichen Räumen, da geht es um Sauberkeit in der Stadt, um Konflikte im Sport, ums Leben im Quartier, um die Sicherheit vor Ort. Sicherheit ist auch ein bedeutendes Ziel in den Programmen der Sozialen Stadt - und dort ist Bürgerschaftliches Engagement ausdrücklich gefragt, aber auch eine wichtige Grundlage dafür, dass dieses sich entfalten kann. Der andere große Bereich ist das Feld der Schule, längst kein konfliktfreier Ort mehr, und deswegen gibt es in Berlin große Konfliktmediations- und -präventionsprogramme der Schulverwaltung. Aber es gibt auch die vielfältigen anderen, ausdrücklich bürgerchaftlichen Projekte wie *Seniorpartner in School*.

Ein drittes wichtiges Feld zivilcouragierten Handelns schließlich ist die Prävention von gewaltträchtigen Konfliktsituationen. Wo immer in einer Situation Verwerfungen zu spüren sind, aus welchen Gründen auch immer, weil etwa die Verständigung schwierig ist, dann kann es wichtig sein, konflikthafte Situationen sich gar nicht erst entfalten lassen. Dazu gehört ein Hineinfinden, Hineinhören in soziale Situationen ebenso wie die Fähigkeit, zivilcouragiert handeln zu können. Frau Schaaf-Derichs lädt zum weiteren Erfahrungsaustausch ein, auch zu der Frage: Wo brauchen wir überall Zivilcourage, um Bürgerschaftliches Engagement überhaupt so leben, so umsetzen zu können, wie wir es gerne wollen.

Frau Margret Rasfeld (Evangelische Schule Berlin Zentrum) nimmt

den Faden auf und berichtet über ihre zehnjährige Erfahrung mit der Förderung von Zivilcourage an Schulen. Erst kürzlich nach Berlin gekommen, greift sie auf das Beispiel ihrer bisherigen Schule in Essen zurück. Dort wird hoher Wert auf Werteorientierung gelegt, eine Wertekultur gefördert, aber auch eine demokratische Kultur. Einmal die Woche ist Klassenrat, da lernen die Schüler, ihre Interessen zu vertreten, einmal die Woche ist auch eine Schulversammlung, der große öffentliche Raum. Diese Versammlung wird von SchülerInnen der Klasse 5 geleitet, immer abwechselnd, aber auch von Älteren. Es geht darum, öffentlich sprechen zu lernen, die eigenen Dinge einbringen, öffentlich zu diskutieren.

Dazu gehört eine ausgeprägte Lob- und Anerkennungskultur, es gibt auch das öffentliche Lob auf den Versammlungen, und wer gelobt wird, entscheidet der Klassenrat. Und

immer schon wurde Wert darauf gelegt, dann besonders Zivilcourage zu loben. Als 2000 rechtradikale Angriffe auf jüdische Bürger öffentlich wurden, haben Schuler und Lehrer beschlossen, Zivilcourage noch stärker zu gewichten: Am 11. September 2000 – dem Geburtstag von Theodor W. Adorno – fasste die Schulkonferenz den Beschluss, jedes Jahr Personen aus der Schule und ihrem Umfeld für gelebte Civil-Courage auszuzeichnen. Und zwar einmal im Jahr in einer großen öffentlichen Feier mit 400 Gästen und bedeutenden Rednern.



Denn wenn einem etwas wichtig ist, dann braucht es dafür Zeiten, Orte, Räume, das geschieht nicht so nebenbei. Und es gibt eine Stiftung, die sich als Partnerin der Schulen verstehende *Stiftung Civil-Courage*, deren einziges Ziel die Förderung von Zivilcourage und *Civic Education* ist.

Die Vorschläge, wer ausgezeichnet werden soll, werden von den Schülern gesammelt, die Geschichten dazu werden aufgeschrieben, und so kommen jährlich um die 60 Vorschläge zusammen, die dann zu 20 Auszeichnungen führen: Es geht immer um den kleinen großen Mut im Alltag. Die Auszeichnungsfeier sieht dann so aus, dass jeder der Ausgezeichneten aufgerufen wird und eine Urkunde bekommt, 400 Leute klatschen, und diese Kultur ist auch eine Unterstützung gegen Mobbing, das es in jeder Klasse gibt. Deshalb haben wir in der Klasse 5 ein Präventionsprogramm aufgebaut, gemeinsam mit Polizei und Sozialarbeitern, wo erstmal geübt wird, Unterstützung für verantwortungsbewußtes, engagiertes Verhalten zu geben - und nicht zu schweigen.

Und die *Mut-Karte* hilft dabei. Die haben die Schüler erfunden. Die Mut-Karte bekommt jeder Schüler bei der Einschulung. Die Karte ist jetzt schon bundesweit verbreitet, die haben auch Erwachsene und wurde bisher ungefähr 20.000 Mal verteilt. Denn Zivilcourage fällt nicht von Himmel, sie kommt aus Erfahrungen an

Orten, in Räumen und Zeiten, wo etwas anderes gilt als Unverantwortung für sich - und andere; sie muß gelernt werden. Danach, dass es diese Welten gibt und geben muß, besteht offenbar gerade auch bei Kindern eine tiefe Sehnsucht.



Frau Schaaf-Derichs ist

dieser eindrucksvolle, mit vielen konkreten Beispielen angereicherte Bericht Anlaß für die Frage, ob es nicht weitergehender struktureller Unterstützung bedarf, gerade wenn man bedenke, welche Blockaden Gewalterfahrungen wie Mobbing schon bei kleinen Kindern auslösen können und wie sie in einem Beispiel beschrieben wurden. Offenbar müße man nicht unbedingt viel „investieren“ im materiellen Sinne, aber es bedarf der mit einem hohen Wert besetzten Orte, Räume und Zeiten, um eine Lernkultur für Zivilcourage zu schaffen, vielleicht auch so etwas wie ein Büro für Zivilcourage.

Frau Senftleben widerspricht,

gegen ein Büro habe sie was, vielmehr gehe es darum zu entwickeln, was Schule so begehrt macht und von Frau Rasfeld als Möglichkeit beschrieben wurde: Werte werden vermittelt, und es wird offensiv damit umgegangen; Wertschätzung wird erkennbar. Dazu müssen die Schulen aber auch die Möglichkeit erhalten, solch ein Konzept eigenverantwortlich umzusetzen. Das gehört auch zur Zivilgesellschaft. Wie kriegen wir hin, fragt sie, was muß Politik tun, dass das öfter passiert? Da muß Politik wohl loslassen, Vertrauen haben in die Menschen vor Ort, die etwas couragiert machen. Wo das gemacht wird, verändert sich die Situation, es entsteht eine Schulgemeinschaft.

Frau Schaaf-Derichs fragt nach,

wie dahin zu kommen ist? Es muß ja dann offensichtlich auch Teil des Auftrages sein von Leitungen, von Verantwortlichen für das Gemeinwesen das zu entwickeln, das zu tun. Und ist das nicht die Frage eines (gesellschaftlichen) Leitbildes? Wenn das Gemeinwesen nicht couragiert geleitet wird, können wir uns viel wünschen, dann haben wir das Problem.

Frau Senftleben hält skeptisch dagegen,

ob wir für unsere Gesellschaft wirklich ein Leitbild haben, wo diese Dinge mit einbezogen werden: Verantwortung zu übernehmen, ist das wirklich eines unserer Leitbilder? Sie ist zwar optimistisch, aber das wage sie zu bezweifeln.

Frau Gisela Hübner (Verband für sozial-kulturelle Arbeit) unterstreicht:

Leitbilder haben wir ohne Ende. Wir leben in Gemeinschaften. Es steht ja vieles geschrieben, aber die Frage ist, wie wird es gelebt? Wo ist die Frage nach den Ursachen, möchte sie von Frau Rasfeld wissen? Mit wem diskutieren sie die Frage der „Täter“? Was passiert mit denen, die den Weg nicht mitgehen? (Zwischenruf: Problemsorgung)

Frau Rasfeld betont den

großen Unterschied, ob Leute etwas anstellen, sie dann eine Klassenkonferenz bekommen, die dann eventuell in einen Schulverweis endet, oder ob man in der Schule eine Kultur lebt, in der Schülerinnen und Schüler sich selbst einmischen, beteiligt sind, in der ganz viel über sie selber läuft. Auch in Essen gibt es viele Probleme, die Schule liegt nicht außerhalb sozialer Schwerpunkte (aus denen rund 25% der SchülerInnen kommen), es gibt viel Mobbing, aber es gibt dann auch die schnellen Eingriffe, die deutliche Ansprache der Probleme unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler. Sie werden immer einbezogen, es gibt viele Möglichkeiten, z.B. Täter/Opfer-Ausgleich ... eigentlich müßten die SchülerInnen hier sitzen. Kurzum, es geht darum, durch eine andere, verantwortungsorientierte Kultur zu verhindern, dass sich die Probleme entfalten und unlösbar werden.

Frau Schaaf-Derichs hält fest,

dass es offensichtlich notwendig ist, eine Kultur der Zivilcourage in den Ein-

richtungen wie im öffentlichen Raum ganzheitlich zu durchdenken und nicht nur punktuell mal hier mal da je nach Situation einzugreifen. Sowas muß gelernt werden, wie das Beispiel Täter-Opfer-Ausgleich,. Das ist richtig harte Arbeit. Dadurch, das Menschen von klein auf einbezogen werden, entsteht eine andere moralische, eine verantwortungsorientierte Kultur.

Herr Gerd Liesegang (Berliner Fußball-Verband) berichtet

aus einem anderen gesellschaftlichem Feld, dem Sport im Berliner Fußball unterhalb der Profiebene: Woche für Woche führt der BFV rund 1500 Spiele durch. Es bleibt nicht aus, dass da Konflikte entstehen, dass da auch Krawall ist, und die Ehrenamtlichen, die für die Durchführung dieses Spielbetriebs verantwortlich sind, müssen lernen, damit umzugehen.

Als er vor gut zehn Jahren das Thema Gewalt in die Diskussion des BFV eingebracht hat, wurde erstmal verboten, überhaupt von Gewalt zu sprechen. Das Problem wurde verdrängt. Deswegen geht es auch im Fußballsport darum, Zivilcourage überhaupt

erstmal zu lernen, ganz so, wie es zuvor für die Schule berichtet wurde. Es geht dabei nicht um Vorwürfe, es wurde einfach verpaßt, darüber zu

reden, es anzusprechen, entsprechend handeln zu lernen. Aber dieses Lernen braucht auch Unterstützung in dem Sinne, dass nicht derjenige, der Gewalt ausgeübt hat, mehr Rechte bekommt als derjenige, der sich einmischt. Und wenn das Vertrauen (wieder) da ist, dass Staat und Gesellschaft hinter den Menschen stehen, die sich in sich einmischen, dass der Verband seine Schiedsrichter stützt, dann ändert sich auch was und Menschen sind eher bereit, zivilcouragiert zu handeln.



**Kein Platz für Gewalt
auf unseren Sportplätzen
und Sporthallen**

Eine Aktion des Berliner Fußball Verbandes und seiner
Mitgliedsvereine

Auch im Verband gibt es schon seit rund zwanzig Jahren eine Karte. Auf dem Platz selber gibt es ja die roten und gelben Karten, aber was geschieht mit den Leuten, die draußen rumstehen, die die Gewalt auf den Platz bringen? Wir haben dann für die Trainerbetreuer eigene Karten gemacht, die ganz wie auf dem Platz deutlich machen, wenn Grenzen überschritten worden sind. Aber diese Karte den Eltern oder Betreuern auch zu zeigen, die ja die Kinder auf den Platz bringen, die die notwendigen Fahrten organisieren, die die Trikots waschen, die vielfältig engagiert sind, denen zu sagen, hier ist die Grenze, dazu gehört auch schon Zivilcourage. Wir haben im BFV die Schlußfolgerung gezogen, dass wir unsere Ehrenamtliche dafür ganz gezielt fit machen müssen.

In den letzten zehn Jahren wurde dafür ein Gesamtkonzept entwickelt: Es gibt eigene Schulungen in der Trainerausbildung, der Schiedsrichterausbildung, der Betreuerausbildung. Da sind unterschiedliche Ebenen angesprochen, und es geht um etwa 6000 ehrenamtlich engagierte Menschen. Die erreichen wir nicht alle direkt, also müssen Multiplikatoren gefunden werden, die wieder zu schulen sind: Es geht z.B. um Rechtsextremismus, denn sie müssen erkennen, was Rassismus ist, wenn es auf den Plätzen rund geht, und dann kann es nicht heißen, einfach nur zu saktionieren; der Blick muß trainiert werden, um Gewalt überhaupt zu erkennen, unterscheiden zu können.

Ein besonderer Punkt sind Anti-Gewalt-Schulungen mit Jugendlichen, die entsprechende Auflagen haben. Dazu werden erfahrende professionelle Mitarbeitende eingesetzt, um mit den Jugendlichen den Umgang mit Stresssituationen zu üben. Denn deren Unfähigkeit damit umzugehen ist häufig der Grund für Konflikteskalation, besonders auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, wenn da fast jede Woche „Länderspiele“ stattfinden. Da merkt man die Spannungen, die mit auf das Fußballfeld gebracht werden, und die Konflikte müssen irgendwie gelöst werden, ihnen müssen Hilfen an die Hand gegeben werden. Dazu geht der BFV mit geschulten Leuten rein in die Situation vor

Ort und kooperiert mit der Landeskommision gegen Gewalt.

Frau Senftleben, zieht für sich die Schlußfolgerung,

da sie vorzeit gehen muß, dass an diesem Runden Tisch keine Lösungen gefunden werden, es aber wichtig ist, das Thema weiter im Blick zu haben. Und wenn über Leitbilder geredet wird, müsse man sich da nicht auch fragen, ob das vielleicht zu wenig konkret ist? Wir stimmen denen ja alle zu, aber vor Ort muß ich mich verhalten, das muß ich verantworten (können). Es geht um die Klärung der jeweiligen persönlichen Verantwortung: „Ich selber muß mit mir im Reinen sein“. All diese Kleinigkeiten, für die wir uns tagtäglich verantworten müssen, ist das schon in den Köpfen drin, dass es darum (auch) geht?

Frau Schaaf-Derichs nimmt

die Anregung der Patin auf und verweist auf die vor vier Jahren verabschiedete *Berliner Charta Bürgerschaftliches Engagement*, in der Zivilcourage und die Unterstützung zivilcouragierten Verhaltens noch nicht auftauchen, weil sie damals noch nicht aufgerufen wurden. Aber die Charta ist ja ein Wertentwicklungsprozess im Landesnetzwerk gewesen, und vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, einen neuen Leitbildgedanken zur Zivilcourage für die Charta gemeinsam zu entwickeln: Nicht nur reden, sondern auch überlegen, wie es weitergehen kann.

Frau Theda Blohm (Kreativhaus) berichtet

von ihren Erfahrungen als Projektkoordinatorin von „Helden 2010“, einem Begegnungsprojekt für Grundschulkinder und ältere Menschen in Berlin. Das ist ein tolles Projekt, aber es zeigt auch, wie unterschiedlich Klassen sein können. Bei der letzten vierten Klasse erlebte sie, wie gewalttätig Kinder sein können, auch wie destruktiv der Geist sein kann, in dem und aus dem heraus Kinder leben und handeln.

Konkret: In der vierten Klasse hatten die Kinder und auch die Mädchen in den Pausen das Hobby Wrestling. Sie haben sich auf ihren Handys im Internet oder abends nach 11 im Fernsehen diesen „Sport“ angeschaut und spielen den dann in den Pausen nach. Sie werfen sich gegenseitig auf den Boden und tun so, als ob sie sich in den Bauch treten. Das spiegelte sich auch in den Spielen, die das Projekt anbot: Aus dem Satz „Ich bin ein Baum, ich bin das Blatt am Baum“ wurde dann „Ich bin ein Baum, ich bin die Kettensäge, die den Baum zerfetzt“, „Ich bin die Mutter, die dem Mann eins überzieht“ und anderes mehr. Die Kinder fanden das nicht schlimm, das war halt so. Auf die erschrockene Frage, ob es denn nicht so etwas wie Mediation und so in der Schule gebe, hieß es, ja, da gebe es solche „Buddies“ (Freunde, Kumpel, ein anderes Projekt), die kämen immer gerade dann, wenn man sie nicht gebrauchen könne, wenn man gerade Spaß habe, und die verderben den dann - aus der Sicht der Kinder.

Der Schluß daraus ist offensichtlich, dass den Kindern nicht klar ist, was das eigentlich soll, wenn diese „Buddies“ eingreifen. Da wurde offenbar etwas in der Schule eingerichtet, im Sinne von



„Seht her, was wir Tolles getan haben“, aber niemand hatte sich, wie sich herausstellte, Gedanken über die konkrete Situation in der Klasse gemacht: In den letzten drei Jahren sind neun SchülerInnen gegangen und viele hatten ihre Freunde verloren, was in der Klasse überhaupt nicht thematisiert worden ist. Die neue Klassenlehrerin war „ohne Arg“, sie wollte angesichts der alltäglich zu lösenden vielfältigen Aufgaben wohl auch nicht zu genau hinschauen. Denn da schien nicht mehr die Zeit zu sein, Konflikte zu thematisieren, und das hat die vorherige Lehrerin auch nicht getan. Als dies dann von den Älteren thematisiert wurde, haben die SchülerInnen erstmal abgeblockt und geleug-

net. Damit spiegelten die Kinder aber nur das Beispiel der Erwachsenen, denn die Erwachsenen leben es doch selber nicht, was sie den Kindern anbieten: Mediation, Konfliktlotsen, wie toll, wie fortschrittlich. Eine Emotionsschule (über jede und jeden wurde aus dem Kreis etwas Positives geäußert) löste dann bei Kindern wie Lehrerin Überraschung aus - sie waren von sich aus nicht darauf gekommen, dass es soviel Positives zu sagen gibt.

Doch wir leben ja nicht so: sich wechselseitig stärkend, zivilcouragiert für sich und andere handelnd. Und da gibt es so viel Mobbing in den Schulen, die viel zu groß sind, die Anonymität fördern. Doch dass die Runde hier am Tisch zusammensitzt, überhaupt darüber redet, das ist für Frau Blohm schon ein gutes Zeichen und zeigt eine Entwicklung.

Frau Schaaf-Derichs bemerkt,

dass es sicher viele gute Beispiele gibt, aber die Regel sind sie offenbar nicht. Die heißt nicht nur in Schulen sondern auch vielerorts anderswo in der Gesellschaft: Hier ist sich jeder selbst der Nächste. Die Frage nach zivilcouragiertem Verhalten verweist, so wird deutlich, auf ein weites Handlungsfeld, auf dessen einer Seite die Überschrift Zivilcourage steht, aber auf der anderen Seite die Überschrift Angst; z.B. die Angst der Lehrer vor Schülern, die ihnen außerhalb der Schule auf dem Nachhauseweg vermitteln, was im Unterricht keinen Ort hat. Damit ist das Thema struktureller Gewalt angesprochen, dem gegenüber individuelle Eingriffe hilflos bleiben, wo es zwingend um „Kulturen“, um den gemeinsamen engagierten Aufbau von „Lernkulturen“ geht.

Frau Hübner findet

den aktuellen Runden Tisch besonders wertvoll, weil nicht die negativen Beispiele zuerst gefragt sind, von denen die Medien ja voll sind. Die machen natürlich Angst, doch wo finden sich in den Medien die mutmachenden Erfahrungen?

Frau Schaaf-Derichs unterstreicht

die Rolle der Runden Tische hierfür, wo zwar nicht immer die Steine der Weisen gefunden werden, aber von wo - durch die guten Beispiele und vielen Erfahrungen, über die berichtet wird - Wegzehrungen mitgenommen werden können, und man dann gemeinsam überlegen kann, diesen Teil auch in die Öffentlichkeit zu tragen, den es hinauszutragen gilt.

Herr Hans Buchholz (Arbeitskreis Berliner Senioren) ist beeindruckt

von dem bisher Gehörten und weitet den Blick von Kindern und Jugendlichen auf die ganze Gesellschaft, in der viele kleine und große Gewalterfahrungen gemacht werden können, auch von SeniorInnen - und wo zivilcouragiertes Verhalten ebenso eher die Ausnahme ist: So im Raum der öffentlichen Verkehrsmittel, der häufig als unsicher erfahren wird, oder einfach im Alltag, wenn etwa seiner aus Indien stammenden Frau im Supermarkt der Einkaufswagen „mal eben“ in die Hacken gefahren wird, „und es sind die weißen Wilmersdorfer Damen“ die dann so tun, als sei das versehentlich geschehen, nicht nur die alten. Seine Frau sorgt dann halt dafür, um sich zu schützen, dass sich dort niemand in ihrem Rücken aufhält. Im Alter ist eher, wie auch für ihn selber und anders als in jüngeren Jahren, nicht das Einmengen angesagt sondern das Meiden von gefährlichen Situationen, in denen eigentlich Einmischung gefragt ist.

Frau Schaaf-Derichs fragt nach,

wie es denn unter den Alten ist, ob es da auch Verwerfungen, Konflikte gibt ...

Herr Buchholz:

Aber das wäre ja gelogen; doch Auseinandersetzungen sind notwendig, es geht

um die Formen, um die Kultur der Konfliktlösungen.

Frau Schaaf-Derichs nimmt die letzte Bemerkung

auf, die auf die Notwendigkeit verweist, auch den Konfliktbegriff genau zu fassen: Es geht nicht um die Vermeidung von Klärungen, Reibungen gehören zu Entwicklungen, aber es müsse klar werden, wo Konfliktbearbeitung beginnt und endet, wo sie in Gewalt umschlägt.

Herr Hendrick Haupt (Berliner Stadtreinigung) erstarrt ein wenig

vor dem Begriff Zivilcourage und der Professionalität, mit der das Thema an der Evangelischen Schule angegangen wird, aber wenn er es richtig verstanden habe, sei die Grundlage, offen und ehrlich mit anderen Meinungen umzugehen, sich damit auseinanderzusetzen, für sich selber und für seine Meinung einzustehen.

Aber das ist ja eine Sache, die Erwachsene auch nicht drauf haben, mitunter verharren sie in Lethargie, lassen es über sich ergehen, ob es Wahlergebnisse sind, oder einfach der Restaurantbesuch, wo man auf die Frage, ob es gut geschmeckt hat „ja“ sagt, auch wenn die Kartoffeln versalzen waren, statt die Chance zu sehen, etwas zu verbessern durch Einstehen für seine Meinung - auch für den Anderen.

Und bei der Hundekotanlage im Abgeordnetenhaus, einem Dauerthema nach jeder Haushaltsberatung, die Herr Rodejohann angeführt hat, geht es beim Verweis auf Bürgerschaftliches Engagement ja nicht um die Frage, dass nun die Bürger den Hundekot einsammeln sollen. Es geht



einfach darum, auch Hundehalter anzusprechen, sich verantwortlich im öffentlichen Raum zu verhalten, oder allgemeiner, die Augen aufzuhalten für ein Fehlverhalten, auch bei den kleinen Sachen. Und das muß man lernen. Auch er selbst habe gelernt, nicht nur ältere Damen mit kleinen Hunden anzusprechen, sondern auch größere Hundehalter mit größeren Hunden - zumindest, wenn letztere einen Maulkorb tragen. So unterstützt auch die BSR die kleinen „Kehrenbürger“, die sich für ihre Stadt, für ihren Kiez, für ihren öffentlichen Raum, für Menschen, für ihr Gemeinwesen einsetzen.

Frau Schaaf-Derichs hält das Bild

des „Kehrenbürgers“ als mögliches Leitbild zivilcouragierten Verhaltens fest: Das sind die Bürger, sind die Bürgerinnen, die die Augen auf haben für Fehlverhalten und dieses zu ihrer Sache machen. Aber es kann nicht sein, dass dieses Bild dann im Aufsammeln von Hundekot durch BürgerInnen aufgeht.

Herr Rodejohann nimmt kurz

den Punkt auf: Es gehe in der Tat nicht um individuelle Aktionen, sondern um eine auch gesellschaftliche Handlungsfrage, um eine entsprechende politische und soziale Kultur. Menschen müssen die Sicherheit haben, wie es bereits angesprochen wurde, dass zivilcouragiertes Verhalten in einem für dieses Verhalten offenen und dieses wertschätzenden öffentlichem Raum geschieht, dass es gesellschaftlich gewünscht und unterstützt wird. Die kritische Anfrage zielte darauf, dass hier mal wieder wie auch sonst häufig im politischen Raum auf Bürgerschaftliches Engagement, welches in der Regel auch ein zivilcouragiertes Verhalten erfordert, als Lösung verwiesen wird - und zwar ohne dass die Folgen und Erfordernisse dieses Verweises ernsthaft bedacht und zielgerichtet angegangen werden.

Frau Rasfeld berichtet nochmal

aus dem Projekt Verantwortung in Essen: Dort haben SchülerInnen z.B. Haltestellen-Patenschaft übernommen, oder Spielplatz-Patenschaften. Sie überlegt, ob es nicht so sein müsste, dass eine Stadt ihren SchülerInnen Aufgaben anbietet und sie damit wertschätzt - und sie sich nicht zu Tode langweilen lassen. Stattdessen herrschen in den Schulen Demütigungen vor, Niedermachen von SchülerInnen, Eltern die sich nicht wehren wagen, Kinder, die den Druck auf den Gymnasien nicht aushalten und Lehrer, die keine Zeit haben, sich damit auseinanderzusetzen. Das Schulsystem ist immer noch strukturell gewaltausübend. Es steht als Ganzes dem entgegen, worüber wir heute sprechen, wofür wir eintreten möchten, und darüber wäre öffentlich zu verhandeln. Auch die Demokratie fällt nicht vom Himmel, und nur wer als junger Mensch Demokratie erlebt hat (und nicht nur davon gehört hat), der glaubt auch daran.

Frau Blohm berichtet weiter

aus ihrem Projekt, wie sie dort Lehrerverhalten erlebt hat, wo SchülerInnen aus einem extrem strukturiertem, eingetakteten Rahmen in diesen normalen Schulen in das Projekt kommen, in dem es um Kreativität geht, um Herzensbildung. Die Lehrer sitzen dann am Rand oder auf der Bühne und suchen die Schüler von oben zu dirigieren, ganz entsprechend den Bildern, die sie von ihren SchülerInnen haben. Und nach den drei Projekttagen gibt es die Überraschung: Nicht nur die SchülerInnen entdecken sich, auch die LehrerInnen entdecken ihre Schüler neu. Und zu den Erfahrungen gehört auch, dass sich die SchülerInnen unterschiedlich verhalten, wenn die Lehrer da sind oder nicht. Offensichtlich gilt, dass der Umgang in der Schule äußerst machtvoll das Ergebnis prägt, wie sich SchülerInnen innerhalb wie außerhalb der Schule bewegen, zivilcouragiert oder nicht.

Frau Schaaf-Derichs schlußfolgert,

dass wir offenbar öffentliche und teilöffentliche Räume als Verantwortungsräume annehmen, aneignen, ja zurückerobern müssen, wenn wir das demokratische Gemeinwesen fördern und leben, wenn wir zivilcouragiertes Bürgerschaftliches Engagement wollen: Das sind Räume, die auch ihre Grenzen haben und in denen Verhalten Grenzen hat; und das sind keine Räume, wo man machen kann, was man will: Verwahrlosung, Zerstörung - und auch Menschen gefährden.

Herr Jens Meißner (Leiter des Sozialamtes Treptow-Köpenick

und zugleich in der Trägervertretung des Jobcenters und im Vorstand der Sozialstiftung Treptow-Köpenick), berichtet, dass diese Runde ihn sehr bewegt: Der Abend ist tatsächlich ein echtes Brainstorming und es arbeite in ihm, weil das Thema Gewalt ihn in seiner Arbeit tagtäglich berührt. Rezepte, Lösungen habe er noch nicht. Deswegen nur einige Beobachtungen.

Im Jobcenter ist auf jedem Flur eine Doppelstreife Wachschutz unterwegs, im Sozialamt sind drei Mann Wachschutz eingestellt, und gerade heute habe er zum ersten Mal einen Wachschutzvertrag für eine Seniorenfreizeitstätte unterzeichnet. Denn dort seien Jugendliche, die sich auf einem naheliegenden Sportplatz mit Drogen tummeln, sich langweilen, in die naheliegende Schule, in die Freizeitstätte eingebrochen, die Leiterin, die sie erkannte, alle aus dem Kiez, erstattete Anzeige, die Polizei vernimmt die Leiterin um Mitternacht in ihrem Haus, vor dem Haus im Mannschaftswagen die festgenommenen Jugendlichen, so dass die Jugendlichen wußten, wer sie angezeigt hat, die Jugendlichen bedrohten die Leiterin und ihre Kinder, so dass schließlich der Schutz erforderlich wurde, für die Mitarbeitenden, aber auch für die SeniorInnen. Das ist das eine.

In den zehn Seniorenfreizeitstätten zählt der Bezirk 200.000 Besucher pro Jahr. Wenn die dann drei Jahre in einer Gruppe waren, dann wünschen sie sich neue Menschen in der Gruppe, wenn dann aber ein neuer kommt, dann hat der oder sie es oft auch ganz schwer, in eine geschlossene Gruppe zu kommen. Es gibt SeniorInnen in den eher ärmlichen Teilen des Bezirks, und dort kommt jemand, der etwas besser gekleidet ist, dann hat der ein Problem; und andererseits in gut bürgerlichen Teilen des Bezirks ist jemand Hartz IV-Empfänger und kann zum Seniorenball die 15 € Eintritt nicht zahlen, dann hat der Probleme bei der Leitung zu fragen, ob er trotzdem kommen kann. All diese Probleme tauchen auf.

Es gibt die gewählten Sozialkommissionsmitglieder, der Bezirk wollte deren Tätigkeitsbereich gerne erweitern, nicht nur Besuche von Hundertjährigen mit Kaffee und Kuchen, sondern auch Behinderte, Kranke, Vietnamesen, also alle Bevölkerungsschichten, die Probleme haben, zu besuchen, war die Idee - und da gab es ganz erhebliche Widerstände, weil man das nicht möchte: Man möchte mit Fremden oder mit andersartigen Menschen oder mit Bereichen, die einem fremd sind, nichts zu tun haben.

Wo kann Zivilcourage im öffentlichen Raum stattfinden, wo gibt es Solidarität, wo ist Gesicht zeigen angesagt und möglich, wenn der Bundes- und Landesvorsitzende der NPD in der BVV und im Sozialausschuss sitzt, wenn die NPD zu allen möglichen Veranstaltungen auftaucht und sie zu sprengen versucht; da ist auch die Frage, wo zeigt man Gesicht, wo steht Zivilcourage an, nicht so einfach zu beantworten. Insofern tangiere das Thema dieses Runden Tisches ihn mehr, als er bei der Herfahrt gedacht habe. Noch habe er keine Lösungen oder Projekte, aber das Thema Zivilcourage stehe an: etwa auch für die Arbeit des Freiwilligencenters, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Schulen.

Frau Schaaf-Derichs dankt

für diesen ernüchternden Bericht über die Wirklichkeit zivilcouragierter Notwendigkeiten und Möglichkeiten im öffentlichen Raum vor Ort, der unmittelbare Reaktionen am Runden Tisch auslöst, die aber an diesem Tag nicht mehr vertieft werden können.

Mitgenommen werden aber noch die Hinweise auf Projekte wie Präventionsnetzwerke, in denen der Berliner Fußballverband aktiv ist, oder auch auf die Notwendigkeit, den Blick zu weiten: Etwa auf die Hirnforschung, die jüngst darauf verwiesen hat, dass es nicht die Appelle sind, die Menschen in Bewegung bringen, sondern (emotionale) Erfahrungen, Herausforderungen - und in diesem Sinne erinnert Frau Rasfeld noch einmal daran, dass (nicht nur) Kinder Aufgaben und Gelegenheiten brauchen, in denen sie ein verantwortliches Verhalten lernen, um zivilcouragiert handeln zu können.

Frau Schaaf-Derichs freut sich

über all die lebenspraktischen Erfahrungen und Hinweise dieses Runden Tisches, auch wenn es sich bei den guten Beispielen häufig um noch recht zarte filigrane Pflänzchen handelt. Denn Zivilcourage als anerkannter Wert und das Bekenntnis zu ihm sind offensichtlich nicht das erste Problem, und auch Mut allein ist keine Lösung. Es geht um eine lebbare Praxis, und die muss erlebt werden (dass es geht), und sie muss gelernt werden. Und deutlich geworden ist auch, dass es Erfahrungen sind, die gesellschaftlich wirksam werden und handlungsfähig machen.

**„Und was passiert ´draußen im Lande´?
Bürgerschaftliches Engagement in den Berliner Bezirken“**

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 9. Dezember 2008, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Wir richten diesmal den Blick von der landesweiten Ebene weg auf die bürgerschaftlichen Aktivitäten, Tätigkeiten und Engagements in den Berliner Bezirken vor Ort - und freuen uns, zwei Aktive gewonnen zu haben, die einmal aus der Sicht einer bezirklichen Verwaltung und zum anderen der der Wohnungswirtschaft zum Einstieg in die Diskussion berichten werden: Herr Jens Meißner, Leiter des Sozialamts Treptow-Köpenick und (auch) engagiert für die Sternenfischer, das neue Freiwilligenzentrum des Bezirks, hat den bezirklichen, Frau Helene Böhm, Mitarbeiterin der Gesobau AG und (auch) engagiert im Netzwerk Märkisches Viertel hat den wohnungswirtschaftlichen Part übernommen. Und wie immer hoffen wir auf Ihre Erfahrungen und Berichte.

Frau Carola Schaaf-Derichs eröffnet

im Namen des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur den dritten Runden Tisch 2008 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin und begrüßt herzlich (einmal mehr) Frau Ülker Radziwill, MdA SPD-Fraktion, als Patin eines Runden Tisches.

Es ist bewährte Tradition der im achten Jahr stattfindenden Runden Tische, auch nicht im alltäglichen Blickfeld liegende Themen Bürgerschaftlichen Engagements aufzunehmen und zu diskutieren, die gleichwohl aus der Praxis an die legislativ tätigen Politiker dringen sollen, aber auch in die Verwaltung. Diesmal geht es um ein aus der Landesperspektive nur auf den ersten Blick randständiges Thema, nämlich die Frage, wie das Land Berlin mit seiner metropolentypisch hoch verdichteten urbanen Lebensform engagementpolitisch auch in der Fläche wirksam werden kann? Oder anders ausgedrückt, wo bleibt das Bürgerschaftliche Engagement, wenn man sich auf die bezirkliche, die sozialräumliche Ebene begibt? Wie gestalten sich die Verhältnisse zwischen landespolitischen Vorgaben und deren Umsetzung vor Ort, und welche Rolle spielen dabei die Bezirke, und vor allem auch, welche eigenständige Rollen spielen sie?

Herr Jens Meißner, Leiter des Sozialamtes Treptow-Köpenick und am Runden Tisch als aktiver Gesprächspartner wohl bekannt, konnte diesmal als direkter Beiträger gewonnen werden, um zum Einstieg die bezirkliche Sicht vorzustellen. Eingeladen war auch und zugesagt hatte Frau Helene Böhm, diese bezirkliche Perspektive zu ergänzen aus der Sicht einer Wohnungsbaugesellschaft, nämlich der Gesobau, für die sie als Sozialmanagerin unter anderem im Märkischen Viertel tätig ist. Sie hat aber leider sehr kurzfristig absagen müssen. Ihr Beitrag liegt jedoch vor, so dass uns die Perspektive nicht ganz verloren geht. Und Herr Jo Rodejohann ist kurzfristig eingesprungen, diese Problemsicht an

geeigneter Stelle in das Gespräch auf der Grundlage des Textes von Frau Böhm einzubringen.

Frau Ülker Radziwill freut sich

auf die neue Runde und ist neugierig, was der andere Blick bringen wird. Es ist gut, mal zu schauen, was in den Bezirken geschieht, was greift durch, was passiert auch als eigene Aktivität in den Bezirken. Sie gratuliert dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft nochmal zu zwanzig Jahren erfolgreicher Arbeit und besonders auch Frau Schaaf-Derichs zu ihrer persönlichen Auszeichnung durch den Bundespräsidenten. Von der Arbeit des Treffpunkts Hilfsbereitschaft und der Landesfreiwilligenagentur haben ja alle immer wieder mit profitiert, auch die politisch Handelnden. Bürgerschaftliches Engagement und die Gewinnung von Freiwilligen bedarf nun einmal gewisser Strukturen, der Rahmungen, die fest sind, der Orte, an die man sich wenden kann, der Personen, die einem weiterhelfen.

Frau Schaaf-Derichs bedankt

sich für die guten Wünsche und verweist darauf, dass eine Anerkennungskultur Bürgerschaftlichen Engagements, wie sie ihr gerade persönlich zuteilgeworden ist, immer auch die andere Seite hat, dass sich so viele Menschen bürgerschaftlich engagieren, die die vielfältigen Strukturen tragen; sie hat auch immer mit engen und guten Kooperationen zu tun, und insoweit geht der Dank auch immer und immer wieder an diese Menschen, an alle, die mit dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft zusammenarbeiten. Ohne alle diese ist das, was die Landesfreiwilligenagentur als Mittlerin macht, nicht machbar.

Eine Ebene der vielfältigen Kooperationen des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur im Lande Berlin sind die Bezirke, und dazu gehört auch Treptow-Köpenick, wo in besonderer Weise in letzter Zeit auf bezirklicher Ebene Infrastrukturen Bürgerschaftlichen Engagements gefördert worden

sind und werden.

Herr Jens Meißner nimmt zunächst

die provokante Fragestellung „draußen im Lande“ auf: Draußen im Lande fühle man sich in Treptow-Köpenick eigentlich bisher nicht, aber ob man drinnen ist, wisse er auch nicht; die Bezirke sind ein Teil Berlins. Aber vielleicht ist es das Problem, dass gerade im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements noch nicht alle in Berlin im „Wir“ denken, dass es noch keine richtige politische Lobby für Bürgerschaftliches Engagement gibt.

Was geschieht in Treptow-Köpenick? Hilfreich ist ein Blick zurück, auch ein persönlicher. In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war er in der Senatsverwaltung für Soziales des seinerzeitigen Berliner Senators Ulf Fink tätig. Damals gab es eine Hausbesetzerszene, eine Gesundheitsbewegung, eine Selbsthilfebewegung; es entstanden nach Forderungen der Alternativprojekte ein Selbsthilfetopf und eine zentrale Koordinations- und Informationsstelle (SEKIS); und vom Konzept her war klar, dass auch in jedem der Berliner Bezirke eine regionale Selbsthilfestelle entstehen soll, wie es ja dann auch geschehen ist - und nach der Wende auch in den Ostbezirken. Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Bezirke wurden dann aber zwölf dieser regionalen Stellen ein- oder gespart, so dass es heute noch zwölf dieser regionale Selbsthilfezentren gibt, finanziert durch den Senat von Berlin.

Die Senatsverwaltung hat damals für die ersten drei Jahre eine Förderung durch eine Berliner Bank erhalten, allerdings mit der Auflage, dass dies nicht öffentlich bekanntwerden darf. Bürgerschaftliches Engagement war damals für eine Bank offensichtlich ein Un-Thema; Kunst ist wichtig, aber soziales Engagement war nichts, womit man identifiziert werden wollte. Damals gab es auch die Idee, für Ehrenamtliches Engagement in jedem der Berliner Bezirke regionale Anlaufstellen zu schaffen.

Nach einigen anderen beruflichen Aufgaben lag dann irgendwann wieder das Thema Ehrenamt auf dem Schreibtisch, der mittlerweile im Sozialamt Treptow-Köpenick stand: Menschen riefen an, sie wollten sich gerne im Bezirk ehrenamtlich engagieren, aber sie wissen nicht wo, oder noch schlimmer, sie haben bei einem Verein angefragt, und der hat gesagt, sie können ihn oder sie nicht brauchen. Er fand das unglaublich, dass Menschen sich engagieren wollen und von niemand und nirgendwo dieses Engagement angenommen wird (oder werden kann); Angebote auch schlicht abgelehnt werden.

Hilfreich bei der Suche einer Lösung, einer Antwort auf die Frage, was denn die Aufgaben einer Kommune in solch einer Situation sind, war dann der Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages. Sie sagt, dass gerade im Bereich des freiwilligen, des ehrenamtlichen, des Bürgerschaftlichen Engagements die Kommunen die Aufgabe haben, eine Infrastruktur zu finanzieren, bereitzustellen und die Bereiche Staat, Wirtschaft und Bürger zusammenzuführen. Der Staat soll das nicht alles selber machen, aber er soll die notwendigen Strukturen hierfür schaffen, zumindest dann, wenn es kein anderer tut.

Dann ist er mit verschiedenen MitarbeiterInnen der Sozialverwaltung des Bezirks auf Tour durch Berlin gegangen, um zu sehen, wie es woanders gemacht wird, wie die Freiwilligenagenturen oder -zentren Berlins arbeiten. Sie stellten fest, dass das sehr engagiert geschieht, mal auf ehrenamtlicher Basis, etwa durch Mitglieder der Seniorenvertretung, oder durch einige engagierte Verwaltungsmitarbeitende zusätzlich, aber eine finanzierte Infrastruktur war nicht vorfindbar, auch nicht im Bezirk Treptow-Köpenick. Der nächste Haltepunkt auf der Suche war dann die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), einige dieser Agenturen haben sogar ein Qualitätssiegel, und dann stand eine zweitägige Reise nach Hamburg, Bremen, Hannover und Halle an, um vor Ort Eindrücke und Erfahrungen zu sammeln. Typisch war für diese Freiwilligenagenturen, dass sie eine Finanzierung von rund 100.000 € als

Basis, dass sie Räume haben, meistens am Hauptbahnhof gelegen, dass es qualifizierte Mitarbeitende gibt und dass sie politisch relativ weit oben in der Kommune angebunden sind. Daraus ergab sich der Vorschlag an den Bezirk, dass durch das Sozialamt ein solches Freiwilligenzentrum für Treptow-Köpenick finanziert werden sollte. Und nun haben wir, finanziert mit rund 114.000 € jährlich, seit diesem Frühjahr ein Freiwilligenzentrum, die Sternenfischer.

Die STERNENFISCHER-Geschichte

- Die Geschichte der STERNENFISCHER begann mit dem Beschluss des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin, das bürgerschaftliche Engagement im Bezirk nachhaltig zu fördern.
- Es folgte ein Interessenbekundungsverfahren zum "Aufbau und Betrieb des Freiwilligenzentrums Treptow-Köpenick", bei dem sich auch die jetzige Träger Einrichtung Union Sozialer Einrichtungen gGmbH bewarb.
- Diese erhielt den Zuschlag und begann im Jahr 2007 mit dem Aufbau des Freiwilligenzentrums.
- Im **Oktober 2007** wurden die Mitarbeiterinnen eingestellt.
- Im **November 2007** wurde der heutige Standort Müggelheimer Straße 13 bezogen. Hierbei handelt es sich um einen Übergangsstandort bis zur Fertigstellung der Wuhle Passage, in der das Freiwilligenzentrum planmäßig 2010 ein Ladenlokal beziehen wird.
- Im **November 2007** wurde durch die Stadträtin für Soziales und Gesundheit Ines Feirabend der sog. Beirat Bürgerschaftliches Engagement berufen, der dem Freiwilligenzentrum bei der Förderung des Engagements im Bezirk tatkräftig zur Seite stehen wird.
- Im **Dezember 2007** wurde das Konzept des Freiwilligenzentrums der kommunalen Verwaltung, Politik und Presse vorgestellt.
- Dabei haben von Anfang an eine Vielzahl von kommunalen Akteuren ihre Unterstützung zugesichert.
- In der Aufbauphase wurden das Konzept ausgearbeitet, Materialien der Öffentlichkeitsarbeit und Arbeitsmaterialien entwickelt. Auch die Vorstellung in bezirklichen Gremien und Netzwerken stand im Mittelpunkt.
- Die Mitarbeiterinnen haben eine Vielzahl von Einrichtungen besucht, um die vorhandenen Engagementangebote zu erfassen und zu überprüfen.
- Ergebnis ist eine umfangreiche Datenbank, die die zielgerichtete Suche nach möglichen Einsatzfeldern ermöglicht und die Vielfältigkeit freiwilligen Engagements im Bezirk Treptow-Köpenick aufzeigt.
- Nachdem die notwendigen Vorarbeiten (Vernetzung im Bezirk, Aufbau der Datenbank) abgeschlossen waren, hat das Freiwilligenzentrum nach seiner **Eröffnung am 08.03.2008** seine Beratungstätigkeit aufgenommen.

Relativ ungewöhnlich ist dabei im Vergleich mit anderen Freiwilligenzentren oder -agenturen, dass hier die Initiative einerseits von der Kommune ausging und dass andererseits im Interessenbekundungsverfahren zur Bedingung gemacht wurde, dass die Kommune mit dem Träger als Sozialamt eng kooperieren möchte. Dies mögen viele Träger nicht, und muss ja keiner mögen, aber aus der Sicht der Kommune macht es keinen Sinn, an fünf unterschiedlichen Stellen Bürgerschaftliches Engagement auf die eine oder andere Weise zu fördern. Das Sozialamt hat sehr viel mit Ehrenamtlichen zu tun und möchte hier gerne gemeinsam mit dem Freiwilligenzentrum eine kooperative Struktur aufbauen, viele Dinge im Feld Bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam ab sprechen und entwickeln. Und für viele Bürgerinnen und Bürger ist aber auch wichtig, dass die Vermittlungsaufgabe nicht beim Staat angesiedelt ist, sondern bei einem freien Träger.

Für das Sozialamt gibt es verschiedene Bezugspunkte zum Thema Bürgerschaftliches Engagement. Da sind zunächst wie in allen Bezirken traditionell die Sozialkommissionsmitglieder, in Treptow-Köpenick knapp 300 Menschen mit der Aufgabe, alte Menschen zum Geburtstag zu besuchen, zu schauen, ob Hilfen angesagt sind, zu informieren, wo es diese Hilfen gibt. In gewisser Weise sind sie ein verlängerter Arm und eine Unterstützung der wenigen SozialarbeiterInnen, die ein Sozialamt noch hat. Und sie sind zugleich für das Sozialamt, vielleicht aber auch für den Staat insgesamt nur noch eine der ganz wenigen Möglichkeiten, zu Menschen, die einsam sind, die Probleme haben oder vielleicht gar nicht wissen, wie sie sich helfen können, als Sozialamt Kontakt aufzunehmen. In der letzten Zeit hat sich aber gezeigt, dass jetzt die älteren alle aufhören, viele haben nach der Wende begonnen, sie haben ein Alter erreicht, wo es nicht mehr geht. Es geht jetzt um eine neue Generation von an einem solchen Engagement Interessierten, die sich schon an dem Begriff stört (Wer will schon als Freiwilliger Sozialamtskommissionsmitglied werden?), die

sich nicht von der Bezirksverordnetenversammlung wählen lassen wollen. Das Sozialamt muss jetzt anfangen, um auch diese neue Generation zu gewinnen, richtig Werbung für diese Aufgabe zu machen, was so bisher nicht nötig war. Darüber hinaus soll das Tätigkeitsspektrum auch ausgeweitet werden, nicht nur Geburtstagsbesuche bei hochaltrigen Menschen, sondern auch Kontakte zu Menschen mit Behinderung, zu Migranten, und einfach zu Menschen in Not, wodurch das Kommissionsengagement vielleicht auch attraktiver wird für jüngere Menschen.

Ein anderer traditioneller Bereich sind die Seniorenfreizeitstätten oder Nachbarschaftszentren. In ihnen wird nicht nur, wie manche glauben, Kuchen gegessen und Kaffee getrunken, hier gibt es auch Chöre und Wandergruppen, Yoga, Sitzgymnastik, eigentlich alles, was man sich so denken kann bis zum Lieblingsbeispiel aus dem Hessenwinkel, wo es eine Gruppe der Wünschelrutenfanatiker gibt, die angesichts der ausgezeichneten Wasserlage dort auch eine große Chance haben, tatsächlich Wasser zu finden. Es gibt also in diesen Einrichtungen Engagementformen aller Art, die von rund 200 Ehrenamtlichen betreut werden. Aber auch hier stoßen die „Alten“ aus der Zeit nach der Wende auf die neue Generation, die selbst entscheiden will, was sie macht, die Mitbestimmung einfordert, die sich eher kurzfristig engagiert - alles recht heftige Entwicklungen, wie sie auch sonst im Bürgerschaftlichen Engagement beobachtet werden.

Das Bürgerschaftliche Engagement wird im Bezirk nicht nur im Sozialbereich gefördert, sondern auch in allen anderen Politikbereichen: Jugend, Sport, Behinderung, Kultur, Senioren. Deshalb hat die Stadträtin einen Beirat mit Vertretern der Medien, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der sozialen Träger, der Seniorenvertretung und den Stadträten gebildet, der beim Freiwilligenzentrum „Sternenfischer“ angesiedelt ist. So sollen Multiplikatoren für die Idee des Bürgerschaftlichen Engagements gewonnen und zugleich dem Bürgerschaftlichen Engagement eine breite Plattform im Bezirk gegeben werden.

Noch einiges zu den Aufgaben des Freiwilligenzentrums. Da geht es einmal darum, die gemeinnützigen Organisationen im Bezirk im Freiwilligenmanagement zu schulen. Denn die müssen ebenso wie das Sozialamt und seine Einrichtungen lernen, mit der neuen Generation von Freiwilligen umzugehen, auf deren Wünsche und Erwartungen einzugehen und ihre Organisationsstrukturen entsprechend einzurichten. Das andere ist der Aufbau und die Pflege einer Datenbank, in der die Wünsche der Freiwilligen und die Erwartungen der Organisationen miteinander abgeglichen und passende Angebote gemacht werden können. Dazu gehört auch die Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie die Anerkennungskultur. Zum letzteren zählt z.B. auch eine gemeinsame Bootsfahrt auf der Spree, auch zum wechselseitigen Kennenlernen, was sich als sehr wichtig erwiesen hat. Den Freiwilligenpass gibt es auch im Bezirk, aber die Frage ist, wie weit man in Berlin mit ihm kommt, wenn man sieht, was in anderen Städten damit möglich ist; in Berlin wird ja nur dokumentiert, dass man sich freiwillig engagiert. Ein Pass, der nirgendwo hinführt, ist kein echter Pass; hier gibt es noch viele Möglichkeiten einer kreativeren Ausgestaltung.

Was noch möglich ist, hat eine Studienreise nach Holland gezeigt: Die Freiwilligenagentur im Amsterdam hat rund 60 Mitarbeitende. In Krankenhäusern und Altenheimen gibt es Freiwilligenmanager, die die Aufgabe haben, jeden der sich engagiert, in der Organisation zu begleiten; das heißt, die Organisation ändert sich so, wie die Ehrenamtlichen sich engagieren wollen und das Freiwilligenmanagement sorgt dafür, das es passt. Das sind ganz andere Dimensionen und eine ganz andere Selbstverständlichkeit von Bürgerschaftlichem Engagement als hierzulande.

Noch eine Beobachtung: In Hamburg, vor kurzem bei der Jahrestagung der schon erwähnten Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), da fiel auf, dass man schon zufrieden ist, wenn mal ein Bürgermeister Anerkennung für die Arbeit von Freiwilligenagenturen äußert. Das war seinerzeit in der Gründungszeit der Berliner Engagementpolitik anders: Da wurden knall-

harte Forderungen gestellt, gab es ein klares Profil, auch im Nachweis dessen, was man kann, auch wo man Geld spart. Es wurde nachgewiesen, dass der Staat durch Selbsthilfegruppen Millionen an Geldern sparen kann. Heute trifft man sich, man spricht sich aus, aber man macht nicht wirklich eine Lobbypolitik für Bürgerschaftliches Engagement; auch das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ist noch nicht tatsächlich darüber hinausgekommen. In den Anfangsjahren standen in der Sozialverwaltung allein für Selbsthilfegruppen 10 Millionen DM in Berlin zur Verfügung. Es gab eine Infrastruktur und eine Mindestfinanzierung. Wenn man heute sieht, dass eine bezirkliche Freiwilligenagentur wie die Sternenfischer 120.000 € kostet: Auf alle Berliner Bezirke und das Land gerechnet sind die erforderlichen rund 1,5 Millionen € für eine flächendeckende Basisstruktur von Freiwilligenzentren doch nicht wirklich ein unerschwinglicher Betrag, und jeder Bezirk ist eine Großstadt. Dies zu fordern ist ein Minimum und Berlin wie seine Bürgerinnen und Bürger hätten viel davon. Was die Zukunft angeht gibt es in der Frage, was eine nachhaltige Infrastruktur Bürgerschaftlichen Engagements auch in den Bezirken ist, noch einiges zu tun.

Also haben wir jetzt in Treptow-Köpenick seit Herbst 2007 ein Freiwilligenzentrum, einen Beirat, und die Arbeit der Sternenfischer wird im Rahmen einer bundesweiten Studie zur „Wirksamkeit von Freiwilligenagenturen bzw. -zentren“ in vier ausgewählten Regionen auch wissenschaftlich untersucht und bewertet.

Frau Schaaf-Derichs dankt

Herrn Meißner für das gelassene Aus- und Ansprechen einiger Realitäten der Berliner Engagementlandschaft. Dazu gehört auch, und das spiegelt die Beobachtungen, dass auf eine Einladung des zuletzt angesprochenen Berliner Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zur Formulierung von Forderungen an eine Engagementpolitik in Berlin schlussendlich eine Person kam. Das

unterstreicht den Punkt von Herrn Meißner, dass es, um Engagementkultur nach vorne zu bringen, noch einmal einer ganz anderen Ermächtigung braucht, ein Empowerment der eigenen Idee, der eigenen Schlagkraft. Wenn das das Netzwerk nicht zuwege bringt wird es die Politik nicht von sich aus machen. Hier sind die Akteure gefragt.

Bemerkenswert und zu diskutieren ist, dass offenbar, zumindest in Treptow-Köpenick, die Bezirke mehr zu den sozialräumlichen und strukturinitiiierenden Akteuren zu zählen sind - und damit eine andere Verteilung und Definition der Rollen aufscheint zwischen dem Land Berlin und seinen Bezirken.

Herr Meißner berichtet

auf Rückfrage zur genauen Definition des Freiwilligenzentrums Sternenfischer im Unterschied zur Arbeitsagentur über die den Bezirk und die Beteiligten leitenden Überlegungen im Gründungsprozess: Der Name Freiwilligenzentrum wurde bewusst in Abgrenzung zu anderen Agenturen gewählt, um deutlich zu machen, dass es nicht um eine Agentur im bekannten Sinne geht, deren einzige Aufgabe es ist, Freiwillige zu vermitteln. Ein Freiwilligenzentrum wie die Sternenfischer hat noch mehr Aufgaben. Es geht auch darum, nicht die kurzschlüssige Erwartung von Finanzgebern zu bedienen, ein Freiwilligenzentrum hat nur dann eine Berechtigung, wenn man immer nachlesen kann, wie viele Freiwillige wurden denn monatlich irgendwohin vermittelt. Das kann man so einfach sowieso nicht feststellen, aber die Aufgabe ist eigentlich, einen zuverlässigen Raum für Bürgerschaftliches Engagement zu schaffen, Träger fortzubilden, eine Kultur des Helfens zu schaffen. Das hat mit der Bundesagentur für Arbeit und ihren Jobcentern nichts zu tun. Die einzige Schnittstelle, die allerdings kritisch zu diskutieren ist, liegt dort, wo einige Jobcenter meinen, wenn sie keine Ein-Euro-Jobs mehr haben, sie könnten die sogenannten Arbeitssuchenden über Freiwilligenzentren in ehrenamtliche Arbeit schieben. Es kann nicht sein, dass ein Jobcenter jemanden zwingt, sich freiwillig zu engagieren

und ihn dafür ins Freiwilligenzentrum schickt. Wenn es aber Arbeitslose gibt, die sich freiwillig engagieren möchten, dann sind sie im Freiwilligenzentrum an der richtigen Adresse.

Frau Stefanie Beerbaum (Freiwilligenzentrum Sternenfischer) ergänzt:

Was der Treffpunkt Hilfsbereitschaft seit zwanzig Jahren auf Landesebene macht, machen die Sternenfischer jetzt auf Bezirksebene. Im Kern ist es alles das, was mit der Vermittlung von Freiwilligen und der Schaffung eines dafür förderlichen Umfeldes zusammenhängt. Und dazu gibt es noch Angebote wie ein Begegnungsangebot für Freiwillige, der Sternentreff, wo sich aktive Freiwillige aus dem Bezirk treffen, Erfahrungen austauschen. Als sehr wichtig hat sich auch die von Vorherein getroffene Entscheidung erwiesen, neben dem Hauptstandort in den einzelnen Ortsteilen kleine Außenstandorte aufzumachen, wo zu festen Zeiten Beratung angeboten wird. Schließlich ist das Freiwilligenzentrum auch Ansprechpartner für engagierte Unternehmen im Bezirk.

Herr Wolfgang Schaarmann (Leben mit Tieren) beobachtet

nach seinen Erfahrungen mit Freiwilligenagenturen in anderen Bezirken, wo es auf Anfragen keine Antworten gibt, wo die Kontaktaufnahme scheitert einen noch großen bezirklichen Bedarf an ähnlich aufgestellten Freiwilligenzentren. Und er überlegt, ob die Erfahrungen in Treptow-Köpenick nicht auf der bezirklichen Ebene als beispielgebend bekannter gemacht werden sollten.

Frau Sybille Volkholz (Bürger Netzwerk Bildung) fragt

nach der Zusammenarbeit mit dem Oberschöneweide-Projekt des Community Organizing, die sich im Bezirk ja anbiete.

Herr Meißner berichtet

von persönlichen Erfahrungen: Es gab eine große Veranstaltung von Communi-

ty Organizing in Oberschöneweide, zu der auch die Bezirksbürgermeisterin und die Stadträte eingeladen waren, und denen wurde dann wenige Minuten vor der Veranstaltung eine Erklärung zur öffentlichen Unterzeichnung vorgelegt. Die Konsequenz war, dass niemand von den Eingeladenen teilgenommen hat, weil sie dies als Nötigung empfunden haben. Die persönliche Erfahrung vor Ort ist, dass wer gerne bei Community Organizing mitwirkt, der muss sich sehr fest binden, wer eigenständiger ist, hat keine Chance, sich einzubringen. Der Eindruck ist, beim Organizing spaltet sich die Szene; die einen müssen mitwirken, und die anderen dürfen nicht. Das sind dann persönliche Entscheidungen. Aber für den Bezirk gibt es aufgrund der Erfahrungen vor Ort, unter anderem mangelnde Transparenz hinsichtlich Finanzen und Entscheidungsstrukturen, keine Grundlage für eine direkte Zusammenarbeit.

Frau Christiane Richter (Seniorpartner in School) erscheint

aufgrund persönlicher Verwaltungserfahrungen die Entscheidung richtig, das Freiwilligenzentrum in die Obhut eines freien Trägers zu geben, weil so Möglichkeiten geschaffen werden, die innerhalb einer Bezirksverwaltung nicht gegeben sind. Sie bricht eine Lanze für ältere Ehrenamtliche, die dann, wenn sie sich einmal für eine Aufgabe entschieden haben, diese sehr beständig ausüben.

Frau Schaaf-Derichs findet

den Vergleich mit der Selbsthilfebewegung aus den siebziger Jahren mit dem, was dann in den neunziger Jahren mit den Freiwilligenagenturen entstanden ist, spannend: Wo sind die solche Entwicklungen tragenden sozialen Bewegungen geblieben, wie stark werden sie von einem Dienstleisterprofil dann gedämpft in ihrer Schlagkraft? Wenn sie nach Kennziffern für Beratungen, nach Wirkungsgraden in der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und anderem gefragt werden, die sie treulich dokumentieren und beibringen, die aber dann

folgenlos bleiben? Gelesen haben es die wenigsten, interessiert hat es kaum einen, und für die Förderung ist es nicht ausschlaggebend. Wer hat da wen nicht gefunden? Was bedeutet es, wenn wie hier berichtet wurde, Freiwilligenagenturen nicht erreichbar sind, keine Wirkung entfalten. Wo müsste dort im Sinne von Engagementpolitik nochmal der Finger in Wunden gelegt werden, wo fehlt es in der Kommunikation? Es gab vor zehn Jahren eine deutlich andere Ausrichtung der Kultur, in der Bürgerschaftliches Engagement sich bewegt, mit dem Stadtteilzentrenvertrag. In ihm sind die Förderungen zu den Stichworten Selbsthilfe, Nachbarschaft und Freiwillige zusammengefasst; Freiwilligenagenturen oder -zentren sind kein eigenes Stichwort. Es gibt seitdem vielerlei neue Verhandlungssituationen, die aufgrund der politischen wie auch engeren finanziellen Rahmenbedingungen vielfältige Erklärungs- und Positionierungsbedarfe ausgelöst haben, wo früher eher ein loses Zusammenspiel der Kräfte zwischen der Selbsthilfe, der Nachbarschaft, den Freiwilligen und den sie jeweils stützenden Einrichtungen und Organisationen herrschte; vertragliche Formen binden dieses frühere Zusammenspiel so stark ein, dass aus früheren Freunden manchmal harte Konkurrenten werden.

Was ist da wo schief gelaufen? Wo muss man da ansetzen, um auch im Sinne der Meißnerschen Forderung eine stärkere Schlagkraft für Bürgerschaftliches Engagement mit dem Ziel der Entwicklung tragfähiger Infrastrukturen zu erreichen? Wo kann die Reise hingehen, welche Rolle spielen die Bezirke?

Frau Anita Andress (Volkssolidarität) kann

die selbstkritische Rückfrage nicht nachvollziehen, weil es im Kern eine politische Frage ist. Gerade mit dem Landesnetzwerk hat sich ein großes Potential aufgetan, da ist Kraft hinter, Wissen, manchmal auch Geld. Letztlich scheitert es an finanziellen Fragen, besonders in den kleinen Vereinen, wo jede Mark einzeln rumgedreht werden muss. Finanzierungen, Förderungen brechen weg, es fehlen die Räume. Es geht um den Aufbau einer Lobby.

Herr Meißner berichtet

zunächst nochmal von seinen Erfahrungen beim Besuch einer Freiwilligenagentur in einem nördlichen Berliner Bezirk, die sich auf die ausdrückliche Unterstützung durch die Bezirksbürgermeisterin beruft: Da saßen zwei sehr nette Senioren, die verwiesen auf Rückfrage auf einen PC, den sie aber nicht mehr nutzen konnten, weil der Senior, der ihn bedienen konnte, aufgehört hatte; Geld bekommen sie auch nicht wirklich, und täglich Dasein können sie auch nicht, weil man macht das ja ehrenamtlich. Insofern war das sehr nett, aber es kann doch nicht sein, dass eine Großstadt meint, das in dieser Form überhaupt Freiwilligenagentur nennen zu können und noch glaubt, dass da etwas Nachhaltiges entsteht.

Zur Frage nach den sozialen Bewegungen: Der Vorteil einer sozialen Bewegung ist es, dass viele Menschen ein gemeinsames Problem haben, wussten, wie man das Problem löst, und dafür gekämpft haben. Beim Bürgerschaftlichen Engagement dagegen macht ja eigentlich jeder seins. Und wenn sich jemand in Reinickendorf oder Köpenick engagieren will, und findet nichts, dann geht er woanders hin oder gibt auf. Aber die Menschen finden sich nicht zusammen. Und deshalb wird man wahrscheinlich keine soziale Bewegung für Bürgerschaftliches Engagement finden und für Forderungen nicht auf den Einzelnen setzen können, sondern muss die mehr oder weniger kleinen Initiativen und Projekte, die es bereits gibt, hierfür organisieren.

Konkret sind es die vorhandenen Freiwilligenagenturen in Berlin, die hier aktiv werden, die klären müssen, ob der jetzige Zustand hinreicht oder welche Anforderungen an eine tragfähige Infrastruktur zu stellen sind. Sie müssen das Profil hierfür definieren. Dann kann ein Landesnetzwerk diese Forderungen unterstützen; und dann muss die politische Unterstützung hierfür gewonnen werden. Es gibt aber sicher auch das Problem, dass es bereits viele Verbände gibt, die mit Freiwilligenmanagern für ihren Verband arbeiten und nicht über-

parteilich für jeden offen sind - und die auch nicht an alle vermitteln. Da sind dann auch Konkurrenzen angelegt.

Zu den Stadtteilzentren: Es gab einmal einen Topf zur Förderung von Nachbarschaften, einen weiteren für Ehrenamt und einen dritten für Selbsthilfe. Im Rahmen der Sparmaßnahmen wurden diese Mittel zusammengefasst, massiv gekürzt und unter dem Stichwort Stadtteilzentren neu benannt zusammengefasst. Hinsichtlich der Freiwilligenzentren bleibt festzuhalten, dass diese zwar in einem Stadtteilzentrum oder Nachbarschaftsheim angesiedelt sein können, aber sie brauchen aufgrund ihres eigenen Aufgabenprofils auch eine eigene Struktur und Finanzierung.

Frau Radziwill verweist

auf den schwierigen Akt, bei den Haushaltsberatungen für den laufenden Stadtteilzentrenvertrag weitere Kürzungen in der Förderung abzuwehren. Sie kann sich viele Bereiche vorstellen, wo mehr Geld eingesetzt werden sollte. Die früheren finanziellen Möglichkeiten in der Sozialpolitik sind heute aber nicht mehr gegeben, der finanzielle Handlungsspielraum ist sehr viel kleiner gestrickt. Das muss man sich nicht vorhalten: Es ist keine Frage des Wollens, sondern der Haushaltssituation. Deswegen wurde der Schwerpunkt des Augenmerks auf die Suche nach Synergieeffekten gelegt, ob nicht aus den vielen Vereinen, Verbänden und den vielfältigen Strukturen der Engagementlandschaft Berlins durch Verhandlungen, Vereinbarungen mehr herausgeholt werden kann. Nun ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo man überprüfen sollte: Hat das funktioniert, hat es nicht geklappt, wie sollte es weiterentwickelt werden. Das ist sehr wichtig, dies nun gemeinsam zu überlegen. Wenn eine Weiterentwicklung gewollt ist, bringt es unter den gegebenen Bedingungen wenig, am Runden Tisch weitreichende Überlegungen anzustellen, die in der Realität draußen vor Ort keinen Bestand haben. Nun scheinen ja in der jetzigen Situation Ungleichgewichte vorhanden zu sein, und wenn sich die Freiwilligen

ligenagenturen nicht gut aufgehoben fühlen, oder meinen, dass sie nicht den Raum zur Weiterentwicklung haben, dann ist dies in der Tat zu thematisieren - wie hier am Runden Tisch; denn niemand zweifelt an ihrer Bedeutung.

Es gibt aber auch kritische Punkte, die ebenso anzusprechen und zu definieren sind: Die Bezirke finanzieren die Sozialkommissionen (Sokos) ja beispielsweise aus ihrem Globalbudget. Das sind teilweise sehr geringe Beträge, die für diese Zwecke im Rahmen des Gesamtbudgets eingesetzt werden können. Die Frage ist, ob das nur ein rein finanzielles Problem ist oder auch eine Frage der Organisation und der Aufgabendefinition. Dazu gehört der Aspekt der neuen Zielgruppen wie auch der rein bezirklichen Organisation dieser Sokos. Oder am Beispiel des Landesnetzwerks: Was genau fehlt, um dieses schlagkräftiger zu machen? Und am Beispiel der Stadtteilzentren: Es gibt Ungleichgewichte in der Verteilung dieser Einrichtungen über die Bezirke, wie ist damit umzugehen?

Forderungen aufzustellen ist das eine, sie sind aber auch nachvollziehbar zu begründen, gerade in Zeiten enger finanzieller Handlungsspielräume: Was soll wie mit welchen Mitteln bewirkt werden, möglichst in Zahlen darstellbar: Welchen Mehrwert bringt der eine Euro, der eingesetzt wird? Dann sollten Entwicklungen möglich sein. Aber ärgerlich ist, wenn dann beispielsweise 500.000 € mehr Landesmittel für Schuldnerberatung eingesetzt werden, die Bezirke aber, die einen größeren Bedarf haben, zum Teil gleichzeitig ihre eigenen Mittel kürzen. Wenn es also Untersuchungen gibt, die einen echten Mehrwert der Freiwilligenagenturen und -zentren aufzeigen, dann kommt man nochmal in die Debatte, das ist keine Garantie, aber ein Weg. Der Verweis auf frühere Zeiten hilft hier nicht wirklich weiter.

Frau Volkholz fragt

nach dem, wie auch sie gehört hat, offenbar ungeliebten Stadtteilzentrenver-

trag: Es macht doch Sinn, alles, was mit zivilgesellschaftlichen Organisationsformen zu tun hat, besser zu koordinieren, als das früher der Fall war. Dass es Konkurrenzen gibt, ist klar und immer so, das ist aber kein Grund, es nicht zu versuchen. Die Frage ist, woran scheitert das?

Herr Meißner macht

noch einige Bemerkungen zur Diskussion: 1,2 Millionen €, und dafür je ein Freiwilligenzentrum in den Bezirken, das ist im Verhältnis zu den erreichbaren Wirkungen nicht die Welt, auch unter den gegebenen Bedingungen - wenn man das denn politisch will. Aber dazu muss natürlich das Leistungsprofil, das man verwirklichen will, muss die Wirkung beschrieben werden, und Menschen sowie Institutionen müssen sagen, das ist gut, das wollen wir haben. Auch in den alten Zeiten ging es nicht ohne den Nachweis von Leistungsprofilen und erreichbaren Wirkungen. Aber natürlich ist es schwierig, in diesem Bereich so etwas nachzuweisen.

Im Bereich der Sozialkommissionen (Sokos), die von Frau Radziwill zu Recht angefragt worden sind, sind sicher auch sachlich bessere Lösungen denkbar. Es geht dabei nicht zuerst um die Finanzen, gleichsam um die Größe des Blumenstraußes, sondern darum, dass Menschen besucht werden. Aber es ist schwierig, wenn dann die Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche - schwer nachvollziehbar - als Personalkosten im Haushalt ausgewiesen sind und deswegen jede Veränderung in der aktuellen Haushaltssituation fast unmöglich ist. Die Bereitstellung von 25.000 € für neue Sokos war deshalb ein extrem aufwändiges Vorhaben. Hier ist Kreativität gefragt für die wichtige Arbeit dieser Kommissionen, aber auch ein genauer Blick auf das sachlich Erforderliche sowie auf das für Bürgerschaftliches Engagement Hinderliche.

Frau Schaaf-Derichs hält

fest, dass in der Diskussion zu Recht die Frage nach einer anderen, zielge-

naueren Form der Präsentation der Bedarfe und Forderungen angesprochen wurde. Wenn diese bisher gegenüber der Politik angesprochen wurden, und das haben die ehrenamtlichen VertreterInnen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in der letzten Jahren sehr wohl immer wieder gemacht, dann kamen eigentlich immer freundliche Worte zurück, ja so ist es halt, da kann man nichts machen, wir müssen bündeln, wir müssen sparen - und das war es. Angesagt sind offenbar, das zeigt die Diskussion, bessere Formen der Verdeutlichung, der Darstellung von Wirkungen und Zusammenhängen Bürgerschaftlichen Engagements. Das Rad muss nochmal neuen Schwung bekommen, die bisherigen Argumentationsmuster haben offenbar an Kraft verloren.

Die Frage der Sokos verweist auf eine andere Baustelle Bürgerschaftlichen Engagements: Es ist in vielen Zusammenhängen deutlich geworden, das angesichts der absehbaren demografischen Entwicklungen in diesem Feld über neue Strukturen und Zuordnungen nachgedacht werden muss. Viele Einrichtungen, die den Menschen wichtig sind, werden (oder können) nicht mehr gefördert (werden). Dann spielt die Frage nach den Möglichkeiten Bürgerschaftlicher Hilfe eine große Rolle. Das tangiert aber zugleich zentral das Verhältnis von freiwilligen und hauptamtlichen Strukturen, und es ist klar, dass die in Berlin mehrheitlich ehrenamtlich bestellten Freiwilligenagenturen in der gegebenen Aufstellung damit überfordert sind. Hier tragfähige Lösungen zu finden, geht über die Möglichkeiten rein Bürgerschaftlichen Engagements hinaus; es ist den Ehrenamtlichen einfach zu viel, diese Aufgaben allein zu schultern.

Frau Andres verweist

darauf, dass die Volkssolidarität seit Jahren immer wieder Wirkungsstudien freiwilligen Engagements vorlegt. Für Berlin kommt die letzte dieser Studien allein für die Volkssolidarität auf einen Wert dieses Engagements von über vier Millionen € jährlich. Das sind schon Zahlen, mit denen man rechnen kann.

Frau Radziwill wirft ein,

dass sie es schwierig ist, freiwillige Tätigkeiten in Geldwerten zu berechnen; sie haben eine andere Grundlage. Etwas anderes: Die gerade geführte Debatte wird noch mal spannend mit den Ergebnissen des für 2009 angekündigten Demografiekonzeptes für Berlin zu konfrontieren sein. Zum Beispiel in der Frage der vielen Singles in der Stadt, die auch älter werden. Da steht eine weitere Diskussion an.

Frau Schaaf-Derichs greift

diesen Vorschlag auf: Wenn man auf die Wirkweisen der Freiwilligenagenturen in den verschiedenen Schichten und Altersgruppen der Stadt schaut, zeigen sich vielfältige Potenziale der Freiwilligenagenturen für die Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft. So sind drei Viertel der sich in der Landesfreiwilligenagentur meldenden Engagementinteressierten Frauen, mit Abitur und zwischen 20 und 30 Jahre alt. Es sind nicht die klassischen Freiwilligen, die sich in den Freiwilligenagenturen melden, hier werden neue Bevölkerungsgruppen für Bürgerschaftliches Engagement erschlossen: Menschen im Aufbruch, die noch keine Erfahrungen haben, die sich eine Art „Dienstleister“ suchen, der ihnen einen Rahmen gibt, eine Art Leitplanke auf dem Weg in freiwilliges Engagement. Auch in einem Demografiekonzept haben Freiwilligenagenturen ihren spezifischen Ort.

Frau Volkholz wendet sich

gegen die monetäre Aufrechnung von freiwilligem Engagement und die In-Rechnung-Stellung dieser Werte gegenüber dem Staat: Es ist nicht Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass Achtzigjährige zum Geburtstag einen Blumenstrauß bekommen; das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die gesellschaftlich selbstorganisiert gelöst werden muss. Es ist genau zu unterscheiden: Wo braucht man eine Grundstruktur, die sichert, dass es Selbstorganisation gibt,

wo braucht man die staatliche Funktion. Warum soll sich die Gesobau als Wohnungsunternehmen nicht selber darum kümmern, dass ihre älteren MieterInnen nicht vereinsamen?

Frau Richter verweist

auf den gesellschaftlich wichtigen Beitrag, den Vereine wie ihre Organisation zur Mobilisierung von Bürgerschaftlichem Engagement leisten. Sie öffnen Zugänge für besondere Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise ältere Menschen. Über der Förderung und Stabilisierung von Freiwilligenagenturen dürfe dieser Beitrag Dritter nicht übersehen werden, der nicht über die bestehenden Vertragswerke abgesichert ist.

Frau Gertrud Achinger (ZeitZeugenBörse) regt

aufgrund eigener Erfahrungen an, die Bedeutung freiwilligen Engagements für den Kompetenzerwerb von Menschen, gerade von jüngeren und hoch qualifizierten, durch Zertifikate oder andere Formen zu verdeutlichen. Dazu gehören auch Vernetzungsangebote und Erfahrungsaustausche. Die Schnittstelle zwischen Bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit ist also bewusst zu gestalten.

Frau Schaaf-Derichs verweist

auf die 2009 startende Engagementwerkstatt Berlin, einem im Rahmen des Bundesprogramms „Freiwilligendienste aller Generationen“ startenden neuen Projekt des Treffpunkts Hilfsbereitschaft. Die Werkstatt wird, gerade auch in der angestrebten Kooperation mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, für diese und andere Überlegungen einen guten Rahmen bieten.

Herr Meißner bemerkt

verwundert zur geplanten Vorlage des Demografie-Konzepts, dass nach seiner

Kenntnis kein Sozialstadtrat und kein Sozialamtsleiter daran jemals beteiligt worden sind, insofern fühlt er sich da wirklich „draußen im Land“ und versteht auch nicht, warum die Bezirke, die sich gerade um alte Menschen kümmern sollen, gar nicht einbezogen werden. Eine andere kleine Anmerkung, was auch merkwürdig ist: Stadtteilzentren sind ja nun von der Definition her stadtteilbezogen, also eigentlich eine bezirkliche Aufgabe, aber der Senat wie die Verbände haben wirksam dafür gesorgt, dass kein Bezirk hierfür verantwortlich wird. Diese aus der Sache heraus gegebene bezirklich-räumliche Einbindung trifft natürlich für Nachbarschaftseinrichtungen und Freiwilligenzentren zu. Es gibt in dieser Stadt einige Merkwürdigkeiten im Verhältnis von Senat, Bezirken und Liga der Wohlfahrtsverbände, die im Interesse weiterer Entwicklungen in die Überlegungen einbezogen werden müssen.

Frau Radziwill blickt

auf die Uhr und bedankt sich für die vielfältigen Anregungen, die die Runde gegeben hat. Mitnimmt sie aus der Diskussion die Sicht, dass es schon viele gute Strukturen gibt, dass es an Möglichkeiten zu Bürgerschaftlichem Engagement nicht mangelt, aber es muss geschaut werden, ist das die richtige (Infra-)Struktur, braucht es an der einen oder anderen Stelle Ergänzungen. In dieser Runde nicht so sehr im Blick war die Frage, was gibt es an Möglichkeiten der Unterstützung und Förderung außerhalb des Feldes Land/Bezirke, wo sind da noch Ressourcen im Gesamtsystem Bürgerschaftlichen Engagements (Stichwort: Stiftungen), die genutzt werden können. Wichtig ist auch der Blick auf das, was, auch an Infrastrukturen, außerhalb der vertraglich geregelten Förderungen läuft. Klar ist jedoch ebenso: Es ist insgesamt mehr notwendig, und es ist spannend, dies gemeinsam zu erreichen; und dazu sind auch die vielleicht doch noch kommenden „Forderungen“ aus dem Landesnetzwerk wichtig.

Frau Schaaf-Derichs nimmt

diese Angebote gerne auf und bittet Herrn Rodejohann, zum Abschluss doch noch die Sichtweise einer Wohnungsbaugesellschaft, die Frau Böhm leider nicht persönlich in diesen Runden Tisch einbringen konnte, wenigstens kurz aufscheinen zu lassen; denn die Wohnungswirtschaft ist ein wichtiger potenzieller Partner im Bürgerschaftlichen Engagement vor Ort, sowohl für den Bezirk wie für den Senat.

Herr Rodejohann konzentriert

sich angesichts der weit fortgeschrittenen Zeit auf einige kurze Anmerkungen und verweist ansonsten auf die vorliegende schriftliche Fassung des Beitrags von Frau Böhm (Anlage). Es ist genau die von Frau Radziwill zum Schluss angesprochene Frage nach den im System außerhalb von Senat und Bezirken vorhandenen Ressourcen und ihre Mobilisierung für Bürgerschaftliches Engagement, die am Beispiel der Wohnungswirtschaft in den Diskurs dieses Runden Tisches eingebracht werden sollte. Die Wohnungswirtschaft ist auch in politischen Konzepten des Senats wie der Rahmenstrategie Soziale Stadt ausdrücklich einer der zentralen Hoffnungsträger für die Aktivierung zusätzlicher Potenziale, um die Probleme im Sozialraum zu lösen, die sonst ungelöst bleiben. Das Netzwerk Märkisches Viertel und die Tätigkeit der Gesobau in dieser Siedlung ist ein Beispiel für die Realitäten.

Ein Problem ist dort wie auch sonst die eigentliche Herausforderung für die Politik ebenso wie für das Bürgerschaftliche Engagement, und auch für eine verantwortungsbewusste Wohnungswirtschaft: Wer kümmert sich eigentlich um diejenigen Menschen, vereinsamt, verarmt, hilfebedürftig, die durch die vorhandenen reichhaltigen staatlichen, verbandlichen und bürgerschaftlichen Netze der Unterstützung und Hilfe fallen. Frau Böhm berichtet von dem gelingenden Beispiel eines ehrenamtlich organisierten Besuchsdienstes, der bezo-

gen auf das gesamte Märkische Viertel mit 17 Besuchspaten 16 BewohnerInnen regelmäßig besucht. Sie beschreibt den hohen Aufwand, der notwendig ist, um dieses zu gewährleisten. Hochgerechnet auf den Aufwand, der notwendig wäre, um allein das Märkische Viertel mit einem solchen Besuchsdienst flächendeckend auszustatten, wird das Problem und die (Größe der) Aufgabe rasch deutlich.

Oder mit den Worten von Frau Böhm zu den Perspektiven der Nachbarschaftsetage im Märkischen Viertel, der Kernzelle eines zukünftigen Freiwilligenzentrums:

„Langfristig soll hier die intermediäre Instanz zwischen Bewohnern, Unternehmen und Bezirk entstehen, an die sich alle wenden können. Dazu bedarf es jedoch einer umfassenden Ausbildung der Mitarbeiter in der Etage. Denn eine Erfahrung ist als Bilanz im Umgang mit Ehrenamtlern immer wieder zu benennen und verbesserungswürdig: Überforderung, Missverständnisse, die unvorhersehbare Dynamik - und auch persönliche Irrtümer - bedürfen eines professionellen Managements für Ehrenamtlichkeit. Ein Anruf: „Frau Böhm, wir haben hier jemanden für Sie, der sich engagieren will“, führt im Augenblick zu viel zeitlichem Aufwand mit ungewissem Ergebnis ... Im Moment – ich betone das ausdrücklich – ist das so in Ordnung. Einerseits sind wir an der guten Zusammenarbeit mit dem Bezirk interessiert und schätzen das gezeigte Engagement sehr! Das Ehrenamtsbüro wird ehrenamtlich betreut und fungiert als wichtiger Anlaufpunkt im Bezirk. Regelmäßig werden Treffen veranstaltet, bei denen sich Institutionen und interessierte Ehrenamtliche kennenlernen können. Im Märkischen Viertel muss, wie schon gesagt, eine weitere Anlaufstelle eingerichtet werden, die sich vor Ort mit den konkreten Fragen und Anliegen auseinandersetzen kann – und die Betreuung der Engagierten übernimmt.“

Ein durchgehender Punkt in dem Text und dem Bericht von Frau Böhm ist, dass zwei Dinge ganz offensichtlich notwendig sind, das ist zum einen die Ebene des professionellen Freiwilligenmanagements und zum anderen die Ebene der

Freiwilligendienste mit einer hohen individuellen (oder sonstwie organisatorisch zu sichernden) Verbindlich- und Verlässlichkeit, die umgesetzt werden müssen. Beides wird ganz offensichtlich in den bisherigen Infrastrukturen nicht machbar sein, wenn es nicht um punktuelle, sondern um sozialräumlich orientierte Ziele geht, und diese Aufgabe wird auch die Wohnungswirtschaft nicht übernehmen. Diese ist offen für Problemlösungen, ist auch eventuell bereit, die Starter- und Treiberaufgabe zu übernehmen, weil eine schlechte „Lage“ abträglich für die Wohnungswirtschaft ist. Aber die Aufgaben, wie sie Herr Meißner für das Freiwilligenzentrum Sternenfischer beschrieben hat, wird sie nicht übernehmen; sie beteiligt sich ggf., und das ist schon etwas. Weder die Bezirke noch das Land sind aus der Pflicht entlassen, die die Enquete-kommission den Kommunen ins Pflichtenheft geschrieben hat, für eine tragfähige Infrastruktur Bürgerschaftlichen Engagements zu sorgen - und die für den Bezirk Treptow-Köpenick Grund genug war, zu handeln.

Frau Schaaf-Derichs bedankt

sich für die wieder einmal engagierte Diskussion dieses letzten Runden Tisches für das Jahr 2008, der noch einer gründlichen Nachbereitung bedarf, wünscht allen ein Gutes Neues Jahr und hofft, dass alle auch im nächsten Jahr wieder am Runden Tisch Platz nehmen können - wie immer wieder nach der Sommerpause im Berliner Abgeordnetenhaus.

1. Runder Tisch: Anlage

Runder Tisch Bürgerengagement 2008

Gefangen in der Mittelschichtfalle?

*Bürgerschaftliches Engagement
in der Sozialen Stadt*

Abgeordnetenhaus Berlin
06.110.2008

 **senior Kompetenzteam**
seniorkompetenz.info

 **Treffpunkt
Hilfsbereitschaft**
Landesfreiwilligenagentur Berlin

 **ZUKUNFTS
KONTOR**

These frei nach Chantal Munsch (1)

*Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation
sind vorherrschend
mittelschichtorientiert, männlich, weiß geprägt,
sie trennen öffentlich und privat.*

Dem entspringt die Fixierung des Blicks auf den Gegensatz
von Segregation und Integration – anstatt die “anderen”,
**die je eigenen (interkulturellen) Kompetenzen und die
ihnen entsprechenden Erfahrungen und Engagements
als brückenbildendes, gesellschaftlich wertvolles
Soziales Kapital wertzuschätzen und zu stützen.**

 **senior Kompetenzteam**
seniorkompetenz.info

 **Treffpunkt
Hilfsbereitschaft**
Landesfreiwilligenagentur Berlin

 **ZUKUNFTS
KONTOR**

These frei nach Chantal Munsch (2)

Eine doppelte Passung ist notwendig:

Verwehrte bzw. erschwerte **Zugänge** zur öffentlich-politischen Sphäre, zu Erwerbsarbeit und Einkommen, zu Wohlfahrt und zu Ressourcen **öffnen** (strukturell-systemisch).

Biografische und kollektive **Erfahrungen und Lebensweisen**, die soziales und politisches Engagement in seinen jeweiligen Formen und Themen prägen, als grundlegend für Engagement **wahrnehmen und anerkennen** (persönlich-lebensweltlich).

These frei nach Chantal Munsch (3)

Die gesellschaftliche Wahrnehmung und Anerkennung der Themen und Formen von Engagement auf der Grundlage von Lebensbedingungen stellt einen maßgeblichen Teil gerade auch des herkömmlichen (mittelschicht-geprägten) Erfolgs Bürgerschaftlichen Engagements dar.

Die geringe gesellschaftliche Resonanz und damit der geringe Erfolg des Engagements sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist nicht nur in deren unzureichenden Ressourcen begründet, sondern auch Konsequenz bestimmter Formen und Themen von Engagement, welche die sozialer Ungleichheit zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen und die darin begründeten jeweiligen Themen, Formen und Schwierigkeiten des Engagements sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ausblenden.

These frei nach Chantal Munsch (4)

**Engagement ist
als Bewältigung biografischer Themen
im Kontext spezifischer Lebenslagen
zu begreifen und zu ermöglichen – und nicht als Leistung
einforderbar und dann „anzuerkennen“.**

Die lebensweltliche und systemische Passung
des sozialen und politischen Engagements
**bildet Übergänge und baut Brücken zum Verständnis von
Engagement im Zusammenhang sozialer Ungleichheit.**

seniorKompetenzteam
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR

Initiative ZivilEngagement (1)

„In der Diskussion über die gesellschaftliche Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern durch freiwilliges Engagement wird immer wieder bemängelt, dass Angebote mittelschichtorientiert sind und sich zumeist an das Bildungsbürgertum richten.“

„Die Chance einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft ist für **Bürgerinnen und Bürger, die artikulationsungewohnt sind und bildungsfernen Schichten angehören**, stark eingeschränkt. Dies gilt insbesondere auch für ältere Migrantinnen und Migranten.

Es besteht die Gefahr, dass die
Tendenz zur Isolation dieser Gruppe wegen schlechter Kommunikation und Integrationsfähigkeit zunimmt.“

Matena, Hans, 2008: *Die Initiative ZivilEngagement des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. In: BBE-Newsletter (8), 3

seniorKompetenzteam
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR

Initiative ZivilEngagement (2)

„In einem **Pilotprojekt zur Qualifizierung partizipationsungewohnter Menschen** sollen Empowermentstrategien für diese Personengruppen und darauf aufbauend Qualifikationsmaßnahmen für Bildungsreferenten und sonstige Fachleute entwickelt werden.“

Matena, Hans, 2008: *Die Initiative ZivilEngagement des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. In: BBE-Newsletter (8), 3



senior Kompetenz team
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR

Rahmenstrategie Soziale Stadt (1)

„**Sozialraumorientierung** ist eine innovative Strategie, die das **Ziel** verfolgt, über eine fachübergreifende intensive Zusammenarbeit unter

Einbindung lokaler Interessengruppen und lokaler Akteure Synergieeffekte **zu Gunsten einer Sozialen Stadtentwicklung**, insbesondere einer Erhöhung der Chancengleichheit, zu erzielen.

Die Strategie setzt an den **Bedürfnissen, Möglichkeiten und Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Lebenswelt** an. Die **Lebenswelten** werden so zu dem Ort einer integrierten, d. h. fachübergreifend abgestimmten Politik.“

Senatsbeschuß vom 20.05.2008: Grundsätze einer Sozialen Stadt(teil)entwicklung Berlin

senior Kompetenz team
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR

Rahmenstrategie Soziale Stadt (2)

“Sozialraumorientierung

bedeutet einen **Perspektivwechsel in der Planung:**

Der **zielgruppenorientierte Fachbezug** wird um den **Raumbezug mit Fokus auf die sozialen Gegebenheiten** erweitert.
Quartiere werden zum gemeinsamen, fachübergreifenden „Planungs- und Gestaltungsraum“.

Wie dies geschehen kann, dafür gibt es **keine fertigen Lösungen**.
Sozialraumorientierung ist statt dessen **als ein gemeinsamer Lern-, Innovations- und Entwicklungsprozess zu verstehen**.
Die Sozialraumorientierung wird durch eine angemessen ausgestattete Budget- und Programmpolitik unterstützt.“

Senatsbeschluß vom 20.05.2008: Grundsätze einer Sozialen Stadt(teil)entwicklung Berlin

senior Kompetenzteam
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR

Gefangen in der Mittelschichtfalle?

Aktuelle gesellschaftliche, insbesondere auch demografische Herausforderungen stellen nachdrücklich die Frage, ob und wie Prägungen herkömmlichen Bürgerschaftlichen Engagements zu einem Problem für Freiwilliges Engagement in Berlin werden (oder schon ein Problem sind), insbesondere wenn Lösungen für diese gesellschaftlichen Problemlagen "vor Ort" in den "Kiezen" und "Quartieren" gesucht werden (müssen) und Politik und Verwaltung "sozialräumliche" Strategien vorantreiben.

Wir fragen heute nach (anderen) Erfahrungen und möglichen Lösungen in einer Sozialen Stadt.

senior Kompetenzteam
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR

Runder Tisch Bürgerengagement 2008

Berliner Freiwilligentag 2008 in der Gropiusstadt



Zusammenstellung: Jo Rodejohann (KontorZ)

senior Kompetenzteam
seniorkompetenz.info

**Treffpunkt
Hilfsbereitschaft**
Landesfreiwilligenagentur Berlin

**ZUKUNFTS
KONTORZ**



**EngagementNetz
Gropiusstadt**

Freiwilligenagentur Gropiusstadt

3. Runder Tisch: Anlage

Helene Böhm

Ich möchte meinen Beitrag heute aus den Erfahrungen in den o. g. Bereichen zusammenführen und dabei sowohl die Perspektive der Sozialmanagerin der GESOBAU einnehmen, komplementiert mit dem Verweis auf die Erfahrungen aus dem Netzwerk MV, aber auch mit meinen Erfahrungen im Umgang mit dem ehrenamtlichen Engagement in einer Berliner Wohnungsgenossenschaft. Dabei möchte ich auf einige Erfolge und ihre Rahmenbedingungen, aber auch auf das Misslingen ehrenamtlichen Engagements eingehen und versuchen, den negativen Erfahrungen nachzuspüren.

Erfahrungen im Netzwerk Märkisches Viertel

Zunächst ein Blick auf die GESOBAU: Mehr als 100.000 Menschen leben in den Beständen des kommunalen Wohnungsunternehmens, das sich mit 42.000 Wohnungen vor allem im Norden Berlins erstreckt. Von der Platte in Buch, den Gründerzeitbauten in Pankow oder Wedding, der Q3A Wohnung in Weißensee, der Villa im Grunewald, den Nachkriegsbauten in der Schillerhöhe im Wedding, den Künstlerateliers in den Gerichtshöfen oder der überregional bekannten Großwohnsiedlung, ist alles dabei. Damit verfügt die GESOBAU nicht nur über ein beachtliches Wohnsegment in Berlin, sondern sie repräsentiert auch die Bewohnerstruktur einer vitalen Stadtlandschaft und bildet damit deren unterschiedliche Schichten, Einkommensklassen und Milieus ab. Zu unseren Mietern gehören demnach die Postmaterialisten, Hedonisten, Konsummaterialisten, etc. - und auch der eine oder andere DDR-Nostalgiker lässt sich in unseren Beständen gewiss finden. Beamte, Künstler, Akademiker, Verwaltungsangestellte - Arbeitslose, Studenten, Rentner und Migranten - sie alle wohnen und leben in den Quartieren der GESOBAU. Hier offenbaren sich gesellschaftliche Prozesse - wie die Strukturdifferenzierung des Arbeitsmarktes - zuerst, denn Wohnquartiere sind Integrationskerne, die infolgedessen zahlreiche neue Funktionen übernehmen müssen.

Gemäß dem Motto einer bekannten schwedischen Möbelkette trifft auch für uns WoWi's der Spruch „Wohnst Du noch oder lebst Du schon!“ bis ins Mark des sogenannten

subjektiven Wohlfühlkatalogs, der bestimmt, wie und warum jemand eine bestimmte Wohnung präferiert. Das „Wohnumfeld“ steht hierbei ganz oben auf der Rangliste, wenn die Entscheidung über einen Wohnstandort fällt! In einer Zeit, in der sich der Wohnungsmarkt vor allem nach der Bonität seiner Kunden richtet, wird damit jede „Umfelderschütterung“ zum Seismografen für Angebot und Nachfrage, die wir in der Wohnungswirtschaft genauestens registrieren - und begleiten müssen. Bereits vor mehr als 20 Jahren begannen die Unternehmen eigene Regiestellen zur Behebung von Mängeln und Missständen an der sozialen Peripherie einzurichten, die sich im Lauf der Jahre zunehmend vom sozialen Korrektiv hin zur Plan- und Leitstelle für Soziales entwickelten. „Sozialmanagement“, „Büro für Sozialplanung“; „Mietergliederbetreuung“ oder „Sozialarbeiter“ nennen sich diese unternehmenseigenen Stellen, die im operativen oder strategischen Bereich wirken.

Auch die GESOBAU unterhält drei solcher Stellen und darüber hinaus diverse Partnerschaften in den Stadtbezirken, die sich der Schuldenregulierung, der Beratung oder der Beschäftigung von Kindern-, Jugendlichen und Senioren widmen; die Arbeit, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport oder Quartiersprojekte initiieren bzw. anbieten. Dabei nimmt auch die Bedeutung von Wohnungsunternehmen als Schnittstelle für das ehrenamtliche Engagement immer weiter zu.

Waren es vor einigen Jahren noch die klassischen Institutionen, in denen sich Ehrenamtliche dauerhaft engagierten - allen voran Sport-, Kultur-, Fördervereine oder die großen Wohlfahrtsverbände - so werden zunehmend auch individuelle Engagementmöglichkeiten nachgefragt, die i. d. R. vor allem *lokal* agieren, etwas *bewirken* sollen und oftmals sehr projektbezogen sind. Ein Engagementdesign also, das herausfordert.

Mit der Expansion sozialen Engagements in der Wohnungswirtschaft steigt denn auch die Chance, sich direkt an seinen Vermieter zu wenden und sein Recht auf Partizipation einzufordern. Konkret: ehrenamtliche Mieterbeiräte, ehrenamtliche Konfliktschlichter, Engagement in und um die Mietertreffpunkte usw. Diese eigentlich eher verwalteten Formen des Engagements werden ergänzt von Anfragen, die sehr subjektive Wünschen nach der Sinnhaftigkeit des Tuns für die Gemeinschaft beinhalten. Dafür stehen z. B. Anfragen nach Projektunterstützung im Bereich nachberuflicher Verwirk-

lichung. Diese Gruppe von Nachfragern wird uns beispielsweise durch das bezirkliche Ehrenamtsbüro vermittelt. Menschen, die ehemals in leitenden Positionen arbeiteten, wünschen sich Zugang zu exklusiven Engagementmöglichkeiten, die einerseits Führungsstärke und Pioniergeist erfordern, andererseits kein dauerhaftes Dabeibleiben implizieren. Lesepaten und Hausaufgabenbetreuung sind für diese Gruppe Interessierter keine „Lebensabend-Option“. Hier besteht die Schwierigkeit für uns in der Suche nach geeigneten Objekten für den Elan der Engagierten. Ist ein solches Projekt erstmal gefunden, sinkt der Betreuungsaufwand rapide. Anders ist es mit denen, die sich gern mal irgendwo „einklinken“ und Spaß haben wollen. Hier ist der Betreuungsaufwand minimal, denn meist regelt die Gruppe intern, was gewollt ist und wie es zu funktionieren hat. Problematisch hingegen sind Agreements, wonach sich Ehrenamtliche dauerhaft für die Belange des Unternehmens einsetzen - ehrenamtlich und gegen Aufwandspauschalen. Die Erwartungen auf beiden Seiten sind entsprechend hoch und die aufkommenden Dissonanzen müssen immer wieder neu verhandelt und angeglichen werden. Auch unverbindliche Übereinkommen, wonach das Unternehmen dem Anbieter ehrenamtlichen Engagements einen kleinen Obolus zukommen lassen kann, werden mitunter schamlos ausgenutzt und führen zu beiderseitigen Verstimmungen - im schlimmsten Fall zur Beendigung der Freiwilligkeit.

Um diesen Missklängen vorzubeugen, aber auch um Ehrenamtlichen eine Anlaufstelle zu bieten, haben wir in der GESOBAU-Nachbarschaftsetage im Märkischen Viertel einen Treffpunkt Freiwilligenarbeit eingerichtet. (Im Märkischen Viertel ist die GESOBAU der größte Eigentümer mit ca. 15.200 Wohnungen und nimmt eine entsprechende Rolle im Stadtteil ein - die sich u. a. im sozial engagierten, vernetzten und kooperativen Handeln widerspiegelt.) Langfristig soll hier die intermediäre Instanz zwischen Bewohnern, Unternehmen und Bezirk entstehen, an die sich alle wenden können. Dazu bedarf es jedoch einer umfassenden Ausbildung der Mitarbeiter in der Etage. Denn eine Erfahrung ist als Bilanz im Umgang mit Ehrenamtlichen immer wieder zu benennen und verbesserungswürdig: Überforderung, Missverständnisse, die unvorhersehbare Dynamik - und auch persönliche Irrtümer - bedürfen eines professionellen Managements für Ehrenamtlichkeit. Ein Anruf: „Frau Böhm, wir haben hier jemanden für Sie, der sich engagieren will“, führt im Augenblick zu viel zeitlichem Aufwand mit ungewissem Ergebnis ... Im Moment - ich betone das ausdrücklich - ist das so in Ord-

nung. Einerseits sind wir an der guten Zusammenarbeit mit dem Bezirk interessiert und schätzen das gezeigte Engagement sehr! Das Ehrenamtsbüro wird ehrenamtlich betreut und fungiert als wichtiger Anlaufpunkt im Bezirk. Regelmäßig werden Treffen veranstaltet, bei denen sich Institutionen und interessierte Ehrenamtliche kennenlernen können. Im Märkischen Viertel muss, wie schon gesagt, eine weitere Anlaufstelle eingerichtet werden, die sich vor Ort mit den konkreten Fragen und Anliegen auseinandersetzen kann - und die Betreuung der Engagierten übernimmt.

Ein Beispiel gelingender Arbeit ist der Ehrenamtliche Besuchsdienst Märkisches Viertel, ein Kooperationsprojekt, das die GESOBAU gemeinsam mit dem Unionhilfswerk, dem Bezirksamt Reinickendorf und Albatros e.V. 2006 initiiert hat. Im Lauf der vergangenen Jahre ist es gelungen, den Besuchsdienst zu einem profunden überbezirklichen Prestigeobjekt zu entwickeln, was sich vor allem dem Engagement und Charisma der ehrenamtlichen Koordinatorin, Frau Dagmar Fleischer, verdankt. Getragen vom finanziellen Engagement der GESOBAU, der Organisation durch das Unionhilfswerk und Albatros e.V., besteht die Rolle des Bezirksamtes in der Vermittlung Ehrenamtlicher und der Bereitstellung von Fördermitteln. Der Wirkungskreis des Besuchsdienstes beschränkt sich auf das MV. Hier betreuen 17 Besuchspaten 16 Bewohner regelmäßig, lesen vor, hören zu, gehen spazieren und feiern gelegentlich zusammen. Feste Rituale, wie Teambesprechungen und ein Sommer- und Weihnachtsfest haben aus dem losen Kreis aneinander Interessierter eine verbindliche Formation gemacht. Weiterbildungen für die Ehrenamtlichen und Projektbesprechungen zwischen Kooperationspartnern und den Koordinatorinnen des Besuchsdienstes gehören zur festen Einrichtung des Projekts und sind neben dem „guten Gefühl füreinander und die Sache“ Erfolgsgaranten.

Auch das Netzwerk Märkisches Viertel e.V. i. G. gehört m. E. nach in die Engagementkultur des MV. Das Netzwerk wurde 2003 durch die GESOBAU und Albatros e.V. initiiert und 2008 in einen Verein umgewandelt. 25 Partner hat das Netzwerk derzeit. Wenn Institutionen, Gewerbebetriebe, Dienstleister und Freie Träger ihre Mitarbeiter für die Netzwerkarbeit freistellen, so geschieht das in erster Linie nicht nur aus unternehmerischem Eigeninteresse - der *benefit* für das eigene Unternehmen ist in der Tat schwer zu bestimmen, es geschieht aus dem unternehmerischen Verständnis her-

aus, sich für den Stadtteil und seine Bewohner zu engagieren. Die Ziele des Netzwerks MV spiegeln eben jene gemeinwohldienliche Ausrichtung wider und jeder Partner übernimmt mit seinem Eintritt in das Netzwerk Märkisches Viertel soziale Verantwortung im Bereich Alten-, Behinderten- und Angehörigenhilfe. Auch das Netzwerk kommt ohne feste Strukturen nicht aus - allein eine Mitgliedschaft sichert keine Mitarbeit und zur Operationalisierung von Zielen bedarf es der Steuerung: Netzwerkkonferenzen, Beitrittszahlungen, Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen, aber auch Öffentlichkeitsarbeit und interne Kommunikation ziehen einen erheblichen Arbeitsaufwand nach sich, der vor allem durch den Vorstand erbracht wird. Seit 2008 übernimmt die Servicestelle des Netzwerks einen Teil dieser Aufgaben, die sich Backup ergeben.

Ehrenamtlichen Projekte, die sich im Umfeld der GESOBAU erfolgreich etabliert haben: PC-Kurs für Senioren; Betreuung von Mietertreffpunkten; Integrationsbeirätin der GESOBAU; Ehrenamtliche Konfliktschlichter; Gesamtmieterbeirat; Ehrenamtlicher Besuchsdienst MV; Netzwerk MV; Homepage Nachbarschaftsetage; Sprachkurse für Senioren; Gartenpflege, ... (und was uns verborgen bleibt)

Geplante Projekte: Erich-Kästner-Jubiläum im MV; Nachbarschaftsgarten; Stadtteilzeitung MV; Kinder- und Jugendtreffpunkt in Weißensee; Unterstützung der Ausbildungspaten Reinickendorf; Projekt: Familienlesekoffer; Unterstützung von Freiwilligenengagement an Schulen; jährlicher Empfang für Ehrenamtliche und Kooperationspartner durch den Vorstand der GESOBAU

Fazit: Die GESOBAU als Wohnungsunternehmen übernimmt nicht nur bestandsbezogene Aufgaben, sie gestaltet öffentlichen Raum, die soziale Infrastruktur und beteiligt sich an den quartiersbezogenen Prozessen in ihren Beständen aktiv. Dabei greift das Unternehmen vor allem auf die Kooperation mit lokalen Akteuren aus dem Sozial-, Dienstleistungs-, kommunalen Bereich und der lokalen Ökonomie zurück. Bisher wird dabei das Selbsthilfepotenzial der Mieter nur unzureichend einbezogen bzw. gefördert.

Das liegt vor allem an dem immensen Moderations-, Steuerungs- und Organisationsaufwand, der sich mit jedem Aktivierungsprozess verbindet und natürlich möglichst nachhaltig gestaltet werden soll!!! Auch die Einbeziehung von Mietern mit Migrations-

hintergrund in die Engagementlandschaft ist schwierig, da die Interessen der jeweiligen ethnischen Gruppen unzureichend bekannt sind und Angebote zur Zusammenarbeit wechselseitig nur unzureichend kommuniziert werden. Oftmals beschränkt sich die Nachfrage dieser Gruppe auf Räumlichkeiten, in denen sie einer gewissen Selbstorganisation nachgehen können. Problematisch ist dies, wenn keine Einbindung in vorhandene Strukturen erfolgt und ein eher sektorales Agieren stattfindet. Hier versuchen wir, den Gruppen Möglichkeiten für Treffen zu geben, unter gleichzeitiger Einbeziehung in den Informationsfluss wichtiger Akteure und Aktivitäten vor Ort.

Die GESOBAU unterstützt ehrenamtliches Engagement vor allem in Hinblick auf Nachbarschaftsentwicklung. Projekte, die die Integration in die soziale Gemeinschaft und die Gestaltung von Beteiligung fördern, werden dem Schwinden kommunaler sozial-kultureller Strukturen und dem fortschreitenden Individualisierungsprozess entgegengesetzt, dort wo das Unternehmen Handlungsbedarf ausmacht. Konkretisiert wird diese soziale Verantwortung der GESOBAU durch die im Unternehmen implementierten Rahmenbedingungen, u. a. durch eigene Fachstellen, die Bereitstellung eines angemessenen Sozialbudgets, der Förderung von Vernetzung und Kooperation - und allen voran die Wahrnehmung der unternehmerischen Verantwortung auf Führungsebene.

Erfahrungen in der Wohnungsgenossenschaft GeWoSüd e.G.

Genossenschaften heben sich durch ihre Organisationsform und Philosophie solidarischer und gemeinwirtschaftlicher Orientierung signifikant von Wohneigentum und Miete ab. Soziale Verantwortung gilt als wesensimmanenter Bestandteil ihres Bedingungsgefüges, das sich der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Förderung ihrer Mitglieder verschreibt. Per se bedeutet dies jedoch nicht, dass sich soziales Engagement ungehindert ausbreitet. Auch Genossenschaften sind keine „Inseln der Glückseligen“, sie sind ebenso von den gesellschaftlichen Prozessen betroffen. Doch anders als in einem Wohnungsunternehmen gibt es bereits festgeschriebene Mitwirkungs- und Beteiligungsstrukturen, die das Mitgliederengagement nach sich ziehen: z. B. der ehrenamtliche Aufsichtsrat, die Beteiligung an Mitgliederversammlungen, die Vorhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen etc. Genossenschaften wirken damit vor allem in Hinblick auf ihre Mitglieder, was bei einer geschätzten Zahl von knapp 140 Mio. Ge-

nossenschaftsmitgliedern in Europa eine recht große Engagementlandschaft darstellt. Die auf Kooperation und Solidarität basierende Handlungsmaxime impliziert den Grundgedanken des Ehrenamts: Zusammenwirken und gegenseitige Hilfe.

Die Wohnungsgenossenschaft GeWoSüd e.G. darf als herausragendes Beispiel für das Wiedererstarken einer solidarischen Gemeinschaft gelten. Unbeachtet von der Öffentlichkeit hat sich in den vergangenen acht Jahren ein Gemein Sinn entwickelt, der m. E. seinesgleichen in Berlin sucht. 3.500 Mitglieder und 2560 Wohnungen machen die kleine Genossenschaft aus, de-

ren Wohnungsbestand sich in Weissenensee, Schöneberg, Neukölln und Steglitz befindet. Besonders der Lindenhof, das Gesellenstück des Baustadtrates Martin Wagner - be-



vor dieser sein Meisterwerk die Hufeisensiedlung in Neukölln errichten ließ - wurde 1919 fertiggestellt, als Siedlung für Kriegswitwen und kleine Angestellte im Stil der englischen Arbeitercottages, deren Gartenstadtarchitektur eine besondere Wirkung auf die Gesundheit und das Zusammenleben entfalten sollte. In der übersichtlichen Kleinhausstruktur, mit eigenen Gärten, Schule und Weiher, bildete sich schnell eine Kommunikationsgemeinschaft vor allem linksgerichteter Bewohner, die erst durch die massive Zerstörung im 2. WK vernichtet wurde.

In den darauffolgenden Jahrzehnten versuchte man immer wieder an diese Gemeinschaft anzuknüpfen, aber die prosperierende Wirtschaft, Wohlstand, Individualität und die Überlassung des vorhandenen Selbsthilfepotenzials an kommunale und freie Träger der Wohlfahrt, tilgten jeden Versuch, sich einem neuen nachhaltigen Vergemeinschaftungsprozess zu stellen. Zum einen fehlte die Notwendigkeit und zum anderen ergaben sich im genossenschaftlichen Jahr genug Bezüge, miteinander ins Gespräch zu kommen, z. B. bei den Sommerfesten oder der Jahresmitgliederversammlung. Erst Ende der 90er Jahre, als auch die Genossenschaft von den gesellschaftlichen Abwärtstrends betroffen war, immer mehr ältere und sozial benachteiligte Mitglieder Kapazitäten banden, verlässliche Institutionen in Auflösung begriffen waren bzw. vor dem Zusammenbrechen vorhandener Engagementstrukturen standen - ent-

schloss sich die GeWoSüd zur Implementierung einer Stabstelle für Soziales in ihren Beständen, die Anlaufstelle für jegliche sozial- und gemeinwesenorientierte Fragen sein sollte. Ein wichtiger Bestandteil dieser Aufgabe wurde die Förderung des Mitgliederengagements. Diese Aufgabe war in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Akteuren zu lösen, das bezog sich vor allem auf Bewohner und die Institutionen, die konkret im Kiez tätig waren (z. B. AWO, Kirche, Volkssolidarität, SPD). Eine kommunale Vernetzung war weniger gefragt - als Quartiersansatz betrachtete man das soziale Engagement nicht, vor allem aufgrund der Mitgliederfokussierten Ausrichtung der Genossenschaft ...

Eine Möglichkeit soziale Beziehungen herzustellen sind Feste. Dazu waren Aktive zu finden, auch solche, die als Querulanten in der Unternehmensleitung wenig gelitten waren - ein Aushandlungsprozess begann auf beiden Seiten. Es gelang, ab 2001 in allen Anlagen der GeWoSüd Feste durchzuführen. Einerseits werden diese Feste durch Spenden der Bewohner getragen und sind kostenlos - appellieren aber an den solidarisches Gedanken: Jeder der kommt gibt etwas! Im Lindenhof gelang es durch die Moderation in der Anlaufstelle Soziales, in der Genossenschaft wichtige Akteure zu begeistern für das gemeinsame Sommerfest. Außerdem fanden sich zahlreiche Multiplikatoren - und so findet bis heute jährlich ein Fest für 2000 Gäste statt, organisiert und durchgeführt von ca. 130 ehrenamtlichen Helfern, von denen ein Kreis von ca. 30 Personen ganzjährig aktiv ist. Auch im sozial schwierigsten Bauteil in Neukölln fand sich eine Gruppe aktiver, Deutsche und Migranten, die ganzjährig Veranstaltungen durchführen. Dazu wurde das Waschhaus „geteilt“ in Waschhaus und Gemeinschaftsraum. Im Mai 2008 gründete sich eine Mädchentanzgruppe von 6 - 12 jährigen Kindern, die sich in den vergangenen Jahren bereits auf den Hoffesten miteinander befreundet hatten. Dieses Hoffest in Neukölln, zu dem aus den 289 Wohnungen rund 100 Gäste kommen, besteht zur Hälfte aus Altmietern und Migranten! Dieser Prozess hat sich quasi alleine verstetigt.

Unter dem Titel „Ohne Nachbarschaft ist alles nichts! Menschen in unserer Genossenschaft. Porträts von Engagierten“ wurde 2006 eine (nicht veröffentlichte) Projektarbeit von mir angefertigt, in der sich 16 Engagierte über die Motivation für ihr Engagement äußerten, das gleichzeitig als Danksagung für diese couragierten und engagier-

ten Mitglieder gedacht war und andere Mitglieder anspornen sollte, sich mit den eigenen Möglichkeiten und Talenten in die Gemeinschaft einzubringen.

Aus allen Porträts ist ersichtlich, was die Dargestellten motiviert. Hier abschließend einige Auszüge: „Miteinander füreinander! Etwas tun, damit alle gewinnen. Das ist eine Lebensaufgabe, ein lohnendes Ziel und das motiviert mich.“; „Dabei ist mir der Kontakt zu anderen Menschen am wichtigsten“; „Die Freude und Dankbarkeit auf den Gesichtern sind das Schönste für uns.“

„Es ist das Gefühl gebraucht zu werden, das uns hier mehrmals wöchentlich zusammenkommen lässt. Man erwartet was von uns.“; „Menschenliebe“ oder „Ich möchte nicht von andern gemacht werden. Das kann ich nur, wenn ich bereit bin, Zeit zu investieren, Ideen und Pläne zu entwickeln und gemeinsam mit anderen neue Wege zu beschreiten.“ Auf die Frage nach sozialen Bindungen in der Bewohnerschaft und den Bedingungen für die Entstehung von Solidarität konnte herausgefunden werden, dass gemeinsame Ziele eine solidarische Verteilung von Aufgaben ermöglichen und erforderlich machen. Andere verweisen auf Gemeinschaftssinn und Wertorientierung, die jeder Kultur immanent sein sollten, in dem sie sagen: „Die aktuelle wirtschaftliche und politische Krise sensibilisiert abermals mein Bewusstsein für die Bedeutung einer starken Gemeinschaft, die allen Mitgliedern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen sollte.“ Ein Plädoyer für die Stärke einer Gemeinschaft, die sich trotz ihrer Widersprüchlichkeiten gemeinsamen Prinzipien verpflichtet fühlt, folgert sich aus dieser Darstellung: „Das die Leute trotz mancher Differenzen, die sie untereinander austragen, trotz mancher Abneigung, die sie trennt, verbunden sind durch die gemeinsame Arbeit für die kleine Genossenschaft, durch Gefühle, die sie teilen.“ Kleine räumliche Strukturen, ein gemeinsamer Erfahrungsraum sind die beste Voraussetzung und Anknüpfungspunkte für kontinuierliches Engagement, wo Handlungsspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure erst im überschaubaren lokalen Rahmen nachvollziehbar werden. Wenn andere die Beweggründe für ihr Engagement aufzählen, dann stehen an erster Stelle ebenfalls das lokale Wohnumfeld und dann eine „Genossenschaft, die im demokratischen Sinne agiert und die genossenschaftlichen Prinzipien definitiv lebt.“ Solidarisches, demokratisches und emanzipiertes Handeln bedeutet, seine Umwelt aktiv mitzugestalten, weil (so ein Interviewpartner)

„man die Gemeinschaft nicht der Exklusivität irgendeines Expertentums und seiner Dominanz überlassen darf. Ich fordere in meinen Texten zum Nachdenken auf über gesellschaftliche, soziale und umweltpolitische Themen. Will das heute noch einer hören? Gibt es unter den Jungen eine Vorstellung über Bedeutung des Ehrenamts - außerhalb von Gremien, Parteien und Enquetekommissionen des Bundestages? Ich weiß es nicht. Aber ich weiß, dass es wichtig ist, darüber zu reden.“

Zu erkennen ist, dass die Befragten bzw. Porträtierten ihr Recht auf Mitwirkung und Mitentscheidung reklamieren und ihr Wirken in der Genossenschaft selbstbewusst wahrnehmen. Die Mischung aus wohlverstandenen Eigeninteresse und sozialer Verantwortung ist dabei die dynamische Triebfeder und Ressource der Engagierten. Ein weiteres Ergebnis des Projekts zeigt sich im Folgenden: Wider einen allgemein verbreiteten Pessimismus, der den Zerfall solidarischer Nachbarschaftsstrukturen beklagt, stellt es sich heraus, dass die gemeinsamen Aktivitäten zum neuen Lebenszusammenhang für die Bewohner werden, die sich im kollektiven Gedächtnis verhaften und eine neue generationenübergreifende Bezogenheit zueinander herstellen. Die Darstellung einer Interviewpartnerin veranschaulicht das Thema Engagement bildhaft: „Ehrenamt ist wie Sternenstaub, der nach allem sucht, was schöpferische Gravitationskraft zu entfalten verspricht.“

Die schöpferische Kraft des Engagements findet Ausdruck in allen 16 Interviews, die entscheidend - neben dem positiven Prozess zur Herstellung sozialer Beziehungen - zur Konstitution neuer gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen kann.

Die Hilfsbereitschaft e.V.

Torstraße 231

10115 Berlin

www.freiwillig.info

Bericht und Redaktion:

Jo Rodejohann / Carola Schaaf-Derichs

Druck:

Eigendruck

2009